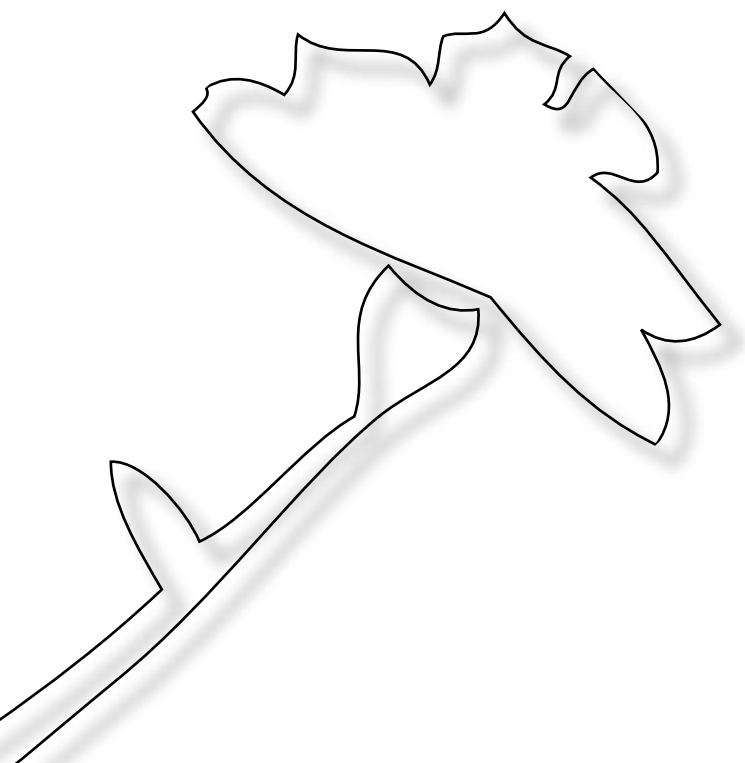




www.spoe.at

WAHLMANIFEST

der Sozialdemokratischen Partei Österreichs
Nationalratswahl 2008



40. Ordentlicher Bundesparteitag

8. August 2008 | Design Center Linz

Inhalt

Einleitung	4
1. Von guter Arbeit gut leben können	
<i>Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</i>	7
<i>Qualität der Arbeit</i>	8
<i>Bekämpfung der Teuerung</i>	8
<i>Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen</i>	9
<i>Faire und sichere Pensionen</i>	10
<i>Armutsbekämpfung und Mindestsicherung</i>	10
2. Durch Forschung und Innovation im internationalen Wettbewerb bestehen	
<i>Wirtschaft</i>	12
<i>Wissenschaft und Forschung</i>	13
<i>Innovation</i>	14
3. Investieren in die junge Generation	
<i>Chancen für die Jugend</i>	15
<i>Bildung</i>	16
<i>Kunst und Kultur</i>	18
4. In Sicherheit leben	
<i>Gesundheit</i>	20
<i>Pflege</i>	21
<i>Menschen mit Behinderung</i>	22
<i>Wohnen</i>	22
<i>Konsumentenschutz</i>	23
<i>Sicherheit und Recht</i>	24

5. Nachhaltigkeit verwirklichen

<i>Umwelt</i>	26
<i>Landwirtschaft und ländlicher Raum</i>	26
<i>Klima und Energie</i>	27
<i>Tierschutz</i>	28
<i>Mobilität</i>	28
<i>Ernährung, Lebensmittel</i>	29
<i>Sport und Bewegung</i>	29

6. Gleiche Rechte und gleiche Chancen sichern

<i>Geschlechtergerechtigkeit</i>	30
<i>Gleichgeschlechtliche Partnerschaft - Rechte</i>	32
<i>Zuwanderung und Integration</i>	32

7. Demokratie und Öffentlichkeit stärken

<i>Politische Kultur</i>	34
<i>Staats- und Demokratiereform</i>	34
<i>Vielfältige und kritische Öffentlichkeit</i>	35

8. Eine aktive Rolle in der Welt spielen

<i>Für ein soziales und bürgernahes Europa - Vertrauen zurückgewinnen</i>	36
<i>Für eine aktive Neutralitätspolitik</i>	37
<i>Für ein reformiertes Bundesheer</i>	38
<i>Entwicklungszusammenarbeit</i>	38

Einleitung

Die SPÖ tritt bei den Nationalratswahlen am 28. September 2008 mit einem klaren Programm vor die Wählerinnen und Wähler. Wir wollen Österreich gerechter machen. Wir wollen die Sorgen und Probleme der Österreicherinnen und Österreicher ernst nehmen und politische Lösungen umsetzen. Wir wollen die Zukunftschancen für unser Land und für die Menschen in unserem Land deutlich und nachhaltig verbessern.

Mit diesen Zielen sind wir auch Anfang des vergangenen Jahres in eine gemeinsame Bundesregierung mit der Österreichischen Volkspartei gegangen. Als knappe Sieger der Wahlen vom 1. Oktober 2006 waren wir bereit, Verantwortung zu übernehmen. Und es war uns bewusst, dass wir mit dem Koalitionspartner, zu dem es keine realistische Alternative gab, Kompromisse schließen müssen.

Wir haben angenommen, dass sich auch eine langjährige Regierungspartei wie die ÖVP über ihre Verantwortung für unser Land im Klaren ist, dass sie ein demokratisches Wahlergebnis respektiert und sich in der Folge auf die gemeinsame und konstruktive Arbeit zum Wohle Österreichs konzentrieren wird.

Wir haben uns getäuscht.

Von Beginn an hat die Führung der ÖVP, haben Wolfgang Schüssel und Wilhelm Molterer unseren Sieg als Fehler und Irrtum des Wahlvolks darstellen wollen, der so bald wie möglich korrigiert werden sollte. Der ÖVP-Spitze ist der Preis dafür nie zu hoch gewesen: Sie hat zukunftsweisende Projekte blockiert. Sie hat durch Streit und unsachliche Angriffe auf die SPÖ die Stimmung gegen die Regierung geschürt. Und die ÖVP hat letztlich die Politik als solche diskreditiert mit ihrer nur auf die eigene Macht und nie auf das Wohl Österreichs gerichteten Zerstörungsstrategie. Am Ende

stand einmal mehr der Bruch der Koalition durch die ÖVP und die dadurch notwendig gewordenen Neuwahlen.

Wir wissen, dass manche Hoffnung und Erwartung, die mit einer von der Sozialdemokratie geführten Bundesregierung verbunden war, enttäuscht wurde. Weder ist es uns beispielsweise gelungen, die Studiengebühren abzuschaffen, noch konnten wir – aus vertragsrechtlichen Gründen – aus dem Eurofighter-Vertrag komplett aussteigen.

Dennoch haben wir in den letzten eineinhalb Jahren in mühsamer Arbeit vieles erkämpft und errungen, das Österreich sozialer, gerechter und zukunftssicherer macht. Einige Beispiele:

- Die über weite Strecken gute Konjunktur wurde genützt und die Arbeitslosenquote auf 4,1 Prozent (im Mai 2008) gesenkt. Die Zahl der Beschäftigten in Österreich ist zwischen Dezember 2006 und Juni 2008 um 150.000 gestiegen.
- 100 Millionen Euro wurden in den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit investiert, insbesondere in die Verbesserung der beruflichen Bildungschancen.
- 1,5 Millionen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer mit Einkommen bis 1.350 Euro brutto wurden mit 1. Juli 2008 entlastet. Ein Mindestlohn von 1.000 Euro soll über die Sozialpartner bis 1. Jänner 2009 verwirklicht werden.
- Für freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer haben wir die soziale Absicherung deutlich verbessert.
- Die kommende Pensionserhöhung wird auf den 1. November 2008 vorgezogen, die

Pensionen wurden wieder erhöht und die so genannte „Hacklerregelung“ bis 2010 verlängert.

- Wir haben die Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr durchgesetzt. Die Klassenschülerhöchstzahlen wurden gesenkt, es gibt heute um 1.500 Lehrerinnen und Lehrer mehr als bei Regierungsantritt. Die Nachmittagsbetreuung für Schulkinder wurde um 40 Prozent ausgebaut, Schülerbeihilfen und Stipendien wurden an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst und mit der kostenlosen Berufsmatura bekommen nun auch Lehrlinge die Möglichkeit zum Studium.
- Die Flexibilisierung des Kindergelds bringt Eltern mehr Entscheidungsfreiheit in der Lebensgestaltung, durch finanzielle Zuschüsse des Bundes wurde der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen – in Kofinanzierung mit den Ländern – unterstützt. Auch wurden die Kindererziehungszeiten für die Pension aufgewertet.
- Wir haben die Deckelung der Rezeptgebühren durchgesetzt. Zehntausende Personen, darunter viele Pensionistinnen und Pensionisten sowie chronisch Kranke, profitieren von dieser Regelung.
- Zahlreiche Maßnahmen wurden in Richtung Gleichstellung gesetzt, so wurden zum Beispiel die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen im Bundesdienst verbessert.
- Wir haben im Rahmen einer modernen Justizpolitik wichtige Reformen im Bereich des Strafverfahrens, der Opferrechte, des Sanktionensystems und der Justizorganisation verwirklicht.
- Wir haben das Wahlalter auf 16 gesenkt.

- Rekordinvestitionen in die Infrastruktur wurden eingeleitet. Elf Milliarden Euro, ein Volumen, das es in dieser Form noch nie gegeben hat, werden bis 2010 investiert, und das im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel zugunsten der Schiene. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird zusätzlich durch die Mittel aus dem Klimaschutz- und Energiefonds vorangetrieben.
- Wir haben wichtige Schritte im Kampf gegen das Schwarzunternehmertum und gegen illegale Beschäftigung gesetzt. Unternehmer haften jetzt auch für Subunternehmer, denen sie Aufträge weitergeben.
- 400 Millionen Euro wurden beim Eurofigh-terkauf eingespart.

Alle genannten Beschlüsse der Regierung gehen auf die Initiative der SPÖ zurück, sie wären unter einer schwarz-blauen Regierung nie zustande gekommen. Auch wenn vieles Opfer der Blockadepolitik von Schüssel und Molterer wurde, ist Österreich in den letzten 18 Monaten doch ein gutes Stück sozialer und gerechter geworden.

Wir wollen diesen Weg in der Zukunft fortsetzen, und wir haben aus der Vergangenheit gelernt: Kompromisse sind in einer Demokratie ohne Zweifel notwendig, aber wir werden eine Zusammenarbeit mit einer anderen Partei nur dann eingehen, wenn unser Partner zu konstruktiver und fairer Zusammenarbeit bereit ist.

Eine neue Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung wird von einem neuen Stil geprägt sein: Selbstverständlich hat jede Partei ihre eigenen Ziele und Vorstellungen. Eine Zusammenarbeit ist aber nur dann möglich und sinnvoll, wenn diese

unterschiedlichen Zugänge nicht in regelmäßiges Hickhack und in persönliche Angriffe ausarten.

Wir setzen dabei auch auf die Unterstützung der Sozialpartner. Besonders wichtig ist uns die gute Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, wenn es um die Interessen und Sorgen der arbeitenden Menschen in Österreich geht.

Wir wollen Verantwortung tragen und unsere Vorschläge, die wir in diesem Wahlprogramm vorlegen, für unsere Heimat und für die Menschen in unserem Land verwirklichen. Damit der erwirtschaftete Wohlstand gerecht verteilt wird, damit man in Österreich von guter Arbeit gut leben kann, damit wir erfolgreich in die Zukunft gehen können!

1. Von guter Arbeit gut leben können

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Einkommen sichern heißt zunächst, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Für uns gilt: Jeder Mensch hat ein Recht auf einen Arbeitsplatz. Erwerbsarbeit mit einem guten Einkommen sichert materielle Unabhängigkeit, bestimmt Lebenschancen und vermittelt Anerkennung. Die faire Verteilung von Chancen wollen wir auch am Arbeitsmarkt verwirklichen.

In den letzten eineinhalb Jahren konnten wir die Arbeitslosigkeit spürbar senken. Dennoch ist nach wie vor jede/r Arbeitslose eine/r zu viel. Wir müssen den Weg in Richtung Vollbeschäftigung fortsetzen, um insbesondere auch Jugendliche, weniger gut Ausgebildete, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Ältere und Langzeitarbeitslose wieder vermehrt in Arbeit zu bringen.

Auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene kämpfen wir daher für eine wachstumsfördernde Wirtschafts- und Geldpolitik, für die weitere Forcierung von Forschung und Innovation sowie für sinnvolle öffentliche Investitionen.

Wir wollen das Jugendbeschäftigungspaket zur Gänze umsetzen. Dies schließt die überbetriebliche Ausbildung bis zum Lehrabschluss und die konsequente Orientierung der betrieblichen Lehrstellenförderung an ihrer Qualität und Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt mit ein. Jeder junge Mensch soll seinen Talenten und Fähigkeiten entsprechend eine Lehre absolvieren bzw. eine Schule besuchen können. Dafür setzen wir auf intensives Job-Coaching beim Berufseinstieg, auf die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungszentren sowie die solidarische Finanzierung der Lehre.

Ebenso wollen wir sicherstellen, dass der bestehende Fachkräftebedarf so weit wie möglich aus dem in Österreich vorhandenen Potential abgedeckt werden kann und dass auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und ihre Beschäftigungsfähigkeit sowie ihre Gesundheit erhalten bleibt. Wir wollen den Zugang zur Altersteilzeit verbessern.

Bei der Integration von Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt setzen wir auf den weiteren Ausbau von sozioökonomischen Betrieben, Beschäftigungsprojekten und spezifisch integrativen Betrieben.

Wir stehen für die echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mann und Frau, Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen wir, um allen Menschen den Zugang zur Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Wir wollen gezielt Frauen am Arbeitsmarkt fördern, insbesondere durch Maßnahmen für Wiedereinsteigerinnen, durch die Förderung von Mädchen in der Berufsorientierungsphase, durch die qualitative Verbesserung und den Ausbau von Frauenarbeitsstiftungen.

Über verstärkte Qualifizierung, Bildung und Weiterbildung, nicht zuletzt im Rahmen einer weiteren Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der öffentlichen Arbeitsvermittlung, wollen wir die Chancen am Arbeitsmarkt erhöhen. Wir wollen den Anspruch auf jährlich 35 Stunden berufliche Weiterbildung in der Arbeitszeit durchsetzen und Verbesserungen der Bildungskarenz erreichen.

Wir wollen die EU-Übergangsbestimmungen für den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt ausschöpfen, davon ausgenommen sollen allenfalls dringend benötigte Facharbeitskräfte sein. Vorrang sollen im Inland

Arbeit Suchende bzw. Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Schulungen haben.

Wir streben eine bessere finanzielle Absicherung bei längerer Schulung an und wollen einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung bei Langzeitarbeitslosigkeit verankern. Zur Verbesserung der Situation jener Personen, die dennoch arbeitslos sind, soll die Nettoersatzrate angehoben werden.

Qualität der Arbeit

Sozialdemokratische Beschäftigungspolitik beschränkt sich nicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Qualität gesunder Arbeitsplätze, die Höhe der Einkommen, die soziale Absicherung der Beschäftigung sind von ebenso großer Bedeutung.

Mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, viele prekäre Arbeitsverhältnisse und erhöhte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Gegenleistung verstärken den Druck auf den einzelnen Menschen. Wer seine Arbeitskraft einsetzt, muss auch dafür entsprechend entlohnt werden. Arbeit darf nicht krank machen, sondern soll sinnstiftend sein und möglichst Freude bringen.

Im Rahmen einer Modernisierung des Arbeitsrechts wollen wir auch den ArbeitnehmerInnenbegriff zeitgemäß fassen, indem nicht nur auf die persönliche, sondern auch auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Bezug genommen wird und so auch die zahlreichen prekären Arbeitsverhältnisse Eingang in das Arbeitsrecht finden. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse wollen wir besser sozial absichern und darüber hinaus Lücken generell dort schließen, wo es noch keine Kollektivverträge gibt.

Unfares Unternehmertum und die Fluchtmöglichkeiten aus dem Arbeits- und Sozialrecht wollen wir gesetzlich und durch weiter verstärkte Kontrolle bekämpfen. Unfaire Vertragsklauseln sollen verboten werden.

Wir wollen die Stellung der Teilzeitbeschäftigten weiter verbessern, zum Beispiel hinsichtlich ihrer Rückkehr bzw. ihres Zugangs zu Vollzeitarbeitsplätzen. Teilzeitbeschäftigte müssen im Betrieb die gleichen Chancen auf qualifizierte Arbeitsplätze und Weiterbildung bekommen.

Wir treten für wirksame Maßnahmen gegen Lohnvorenthaltung, zum Beispiel fehlende Überstundenabgeltungen, ein. Die wirksamere Rechtsdurchsetzung bei Lohnvorenthaltung wollen wir zum Beispiel durch Umkehr der Beweislast oder durch die Beseitigung von Verfallsbestimmungen erleichtern.

Die konkreten Arbeitsbedingungen sollen durch mehr Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz, durch die Unterstützung von Mitbestimmungsmodellen und die Förderung positiver Betriebskultur verbessert werden. Besonders wollen wir dem weit verbreiteten Problem des Mobbing am Arbeitsplatz mit all seinen sozialen und gesundheitlichen Folgen begegnen.

Bekämpfung der Teuerung

Seit mehreren Monaten steigen die Preise für unverzichtbare Güter des täglichen Bedarfs, insbesondere für Lebensmittel und Treibstoffe. Die Gründe dafür sind vielfältig: Erhöhte Nachfrage, Marktversagen und Spekulationen, aber auch innerösterreichische Preisverzerrungen. Österreich weist in manchen Bereichen über dem EU-Durchschnitt liegende Preissteigerungen auf. Für viele Österreicherinnen und Österreicher bedeuten die Preissteigerungen scharfe Einschnitte in ihre Lebensqualität. Die Politik muss etwas dagegen unternehmen.

Um den Wettbewerb zu stärken, muss die Bundeswettbewerbsbehörde in ihren Kompetenzen und in ihrer Unabhängigkeit gestärkt werden. Insbesondere geht es um die Einführung der Beweislastumkehr. Marktbeherrschende Unternehmen sollen in Zukunft beweisen,

dass sie ihre dominierende Stellung nicht missbrauchen. Darüber hinaus müssen ein flächendeckendes und in die Tiefe gehendes Wettbewerbsmonitoring und eine erweiterte Berichtspflicht der Bundeswettbewerbsbehörde eingeführt werden.

Bei Energie- und Treibstoffkosten treten wir für eine wirksame Preiskontrolle ein. Preise für Sachgüter, Lebensmittel und Treibstoff dürfen nicht mehrmals am Tag verändert werden, außer es handelt sich um Preissenkungen, die sofort weitergegeben werden sollen.

Wir wollen die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel senken und dafür sorgen, dass die entsprechende Preissenkung an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wird.

Wir wollen eine bessere und unbürokratische Regelung des Heizkostenzuschusses sowie transparente und für die Konsumentinnen und Konsumenten nachvollziehbare Abrechnungen der Heizkosten erwirken.

Angesichts der derzeit hohen Inflation wollen wir uns für größte Zurückhaltung bei Teuerungen im öffentlichen Bereich, etwa bei Fahrpreisen oder Mieten, einsetzen.

Wir wollen die von der Teuerung besonders hart getroffenen Pendlerinnen und Pendler weiter entlasten und den öffentlichen Verkehr ausbauen und attraktiver machen, wo dies möglich ist. Wir treten für eine Erhöhung und Reform der Pendlerpauschale ein, so dass auch Menschen mit niedrigen Einkommen entlastet werden.

Wir setzen uns auf europäischer Ebene für Maßnahmen gegen die Teuerung ein. Das sind zum einen Maßnahmen gegen Spekulationen bei Energieträgern oder Nahrungsmittelrohstoffen. Zum anderen sollten die EU-Länder gemeinsam Verhandlungen mit Energieanbietern, etwa im Gasbereich, führen, um niedrigere Preise zu erwirken.

Ein enger Zusammenhang besteht selbstverständlich zwischen der Teuerung und der Höhe der realen Einkommen. Deshalb wollen wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter entlasten.

Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen

Steigende Lebenshaltungskosten belasten Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders. Wir wollen, dass alle von ihrem Einkommen gut leben können und treten für Einkommens- und Verteilungsgerechtigkeit ein. Daher wollen wir entsprechende Entlastungsmaßnahmen umsetzen.

In Österreich ist die Besteuerung der Arbeit im internationalen Vergleich besonders hoch, die Belastung des Kapitals jedoch besonders niedrig. Deshalb wollen wir merkbare Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Pensionistinnen und Pensionisten mit kleinen und mittleren Einkommen erreichen. Sie haben von der Steuerreform der schwarz-blauen Regierung 2005 wenig bis gar nicht profitiert. Derzeit leiden sie dramatisch unter der Teuerungswelle, und daher wollen wir die geplante Lohnsteuersenkung auf 2009 vorziehen.

Wir wollen kleine und mittlere Einkommen stark entlasten und die Progressionsstufen im Steuersystem stärker differenzieren: Nicht nur aus verteilungspolitischer Sicht, sondern auch aus dem Blickwinkel der Konjunkturpolitik darf der Mittelstand nicht „wegbrechen“.

Dafür wollen wir große Vermögenszuwächse sowie Spekulationsgewinne fair zur Finanzierung der wichtigen Zukunftsaufgaben heranziehen und Steuerschlupflöcher schließen sowie Steuerbetrug streng bekämpfen. Damit jeder nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag für die Allgemeinheit, für die soziale Sicherheit und für die Zukunftssicherung unseres Landes leistet.

Faire und sichere Pensionen

Auch die Pensionistinnen und Pensionisten leiden unter der Inflation. Entgegen aller Propaganda ist unser Pensionssystem langfristig gesichert. Für uns ist die Garantie Existenz und Lebensstandard sichernder Pensionen eine Grundaufgabe der Gesellschaft. Österreich kann es sich leisten, dass die ältere Generation nach harter Arbeit und großer Leistung die Zeit der Pension in Würde und gesichert verbringen kann. Falls Anpassungen des Systems in der weiteren Zukunft notwendig sind, sollen sie keiner blinden Automatik folgen, sondern demokratisch vereinbart und beschlossen werden.

Wir treten dafür ein, dass die Pensionserhöhung die jeweilige Inflation abbildet und sich am Pensionistenpreisindex orientiert. Wir streben an, Bezieherinnen und Bezieher niedriger Pensionen in die Negativsteuer-Regelung mit einzubeziehen sowie die Bestimmung aufzuheben, dass im Jahr des Pensionsantritts und im Folgejahr keine Teuerungsabgeltung erfolgt.

Wir halten an unseren Prinzipien fest, dass

- Männer nach 45 und Frauen nach 40 Jahren Arbeit im Alter von 60 bzw. 55 Jahren (Altersgrenze gilt bis zur Anpassung des Pensionsantrittsalters der Frauen an das der Männer) ohne Abschläge in Pension gehen können und
- wir ein einheitliches Pensionssystem umsetzen wollen nach der Regel: Gleiche Leistung für gleiche Beiträge.

Deswegen befürworten wir eine weitere Verlängerung der so genannten „Hacklerregelung“ sowie mittelfristig eine neue Schwerarbeiterregelung. Die Bewertung von Ersatzzeiten wollen wir weiter verbessern und die Invaliditätspension gerechter machen, zum Beispiel hinsichtlich des Zugangs für gesundheitlich schwer beeinträchtigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Um einen gesicherten Lebensabend verbringen zu können, bedarf es aber nicht nur der Pensionen. Wir wollen dafür sorgen, dass es in unserer Gesellschaft keine Diskriminierung aufgrund des Alters gibt. Wichtig ist uns die Gestaltung eines Lebensumfelds, das den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe der Seniorinnen und Senioren entspricht: Neben der altersgerechten Gesundheitsversorgung geht es vorrangig um die Schaffung entsprechender Wohnmöglichkeiten, die Unterstützung größtmöglicher Mobilität, ein hohes Maß an Sicherheit und Unfallprävention im Alltag, z.B. im Straßenverkehr, sowie um altersgerechte Freizeitmöglichkeiten.

Wir wollen das wichtige Erfahrungspotential der älteren Generation für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nutzen und entsprechende Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten entwickeln.

Armutsbekämpfung und Mindestsicherung

Wir setzen uns mit aller Kraft für die Verbesserung der Lebensumstände jener Menschen ein, die vom Wohlstand ausgeschlossen sind. Nach wie vor ist gut bezahlte Erwerbsarbeit die beste Sicherheit gegen Armut. Deshalb müssen wir über die Förderung der Arbeitsfähigkeit durch bessere Qualifizierung, über die Unterstützung der Frauenbeschäftigung zur eigenständigen Absicherung sowie durch besondere Unterstützung von Ausgegrenzten so viele Menschen wie möglich in Arbeit bringen und dafür kämpfen, dass man vom Einkommen aus dieser Arbeit auch gut leben kann. Auch die Integration in den so genannten zweiten Arbeitsmarkt ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument, weil sozioökonomische Betriebe oft der Rettungsanker sein können, um wieder im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können.

Mit den Vorarbeiten für die bedarfsorientierte Mindestsicherung hat die SPÖ einen

wichtigen Schritt in Richtung Armutsbekämpfung gesetzt. Dieser Weg muss fortgesetzt, die Mindestsicherung umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Arbeitslosenversicherung und die Notstandshilfe wollen wir armutsfester machen, das Unterhaltsvorschussrecht reformieren. Die Mindestsicherung muss nachhaltig sein und daher über der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Dies ist nicht zuletzt bei der allfälligen Anrechnung des Partnereinkommens zu berücksichtigen.

2. Durch Forschung und Innovation im internationalen Wettbewerb bestehen

Wirtschaft

Die österreichische Sozialdemokratie bekennt sich zu einer dynamischen und sozial fairen Wirtschaft. Ein starker und sicherer Wirtschaftsstandort Österreich, an dem Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden und sich Investitionen lohnen, bildet eine wichtige Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. Nur leistungsstarke und gesunde Unternehmen sichern langfristig Wachstum und Beschäftigung.

Die österreichische Sozialdemokratie sieht einen verantwortungsbewussten Staat als Träger einer aktiven Wirtschaftspolitik. Nur gute Rahmenbedingungen, wie eine gute Infrastruktur und soziale Sicherheit, ermöglichen eine dynamische Entwicklung zum Wohl aller Menschen.

In Österreich und auf europäischer Ebene muss eine aktive Wirtschafts- und Geldpolitik das Wachstum der Wirtschaft unterstützen. In wirtschaftlichen Schwächeperioden muss gezielt gegengesteuert werden. Hier spielen Instrumente wie öffentliche Investitionen und die Steuerpolitik eine entscheidende Rolle.

Die österreichische Sozialdemokratie will die lebendige Vielfalt der österreichischen Wirtschaft stärker fördern. Denn die großen Unternehmen in unserem Land leisten einen wichtigen Beitrag für Innovation und Forschung. Kleine und mittlere Unternehmen sind das wirtschaftliche Rückgrat. Sie beschäftigen in allen Branchen mehr als die Hälfte aller arbeitenden Menschen in Österreich und bilden fast neun von zehn Lehrlingen aus. Ihre vitale Anpassungsfähigkeit wirkt stabilisierend auf die Konjunktur und macht sie zu Trägern neuer und innovativer Wirtschaftsmodelle.

Österreichs Wirtschaft wird nur dann bestehen können und für Beschäftigung sorgen,

wenn sie international wettbewerbsfähig ist. Wissen und Know-how sind die Standortfaktoren der Zukunft, deshalb muss der Umstrukturierungsprozess in Richtung wissensintensiver Bereiche beschleunigt werden, ohne aber das traditionelle industriell-gewerbliche Rückgrat der Wirtschaft zu vernachlässigen.

Wir wollen die Bedingungen für den Wirtschaftsstandort Österreich fair (d.h. ohne Unternehmenssteuern- und Lohnsenkungswettbewerb) gestalten, um ein Klima für Innovation und Zukunftsorientierung, und damit für hohe Beschäftigung und hohen Wohlstand zu schaffen.

Arbeitsplätze in Betrieben, deren Know-how einzigartig ist, sind die sichersten Arbeitsplätze. Forschung und Technologieentwicklung sind dafür die Grundlage, aber auch eine erstklassige Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte.

Wir bekennen uns zur Entwicklung zukunftsorientierter Technologie in Kooperation mit führenden Unternehmen – auch als eine wesentliche Strategie, um Firmenhauptquartiere nach Österreich zu bringen und im Land zu behalten. Wir stehen dafür, dass der österreichische Einfluss insbesondere bei wichtigen Leitunternehmen gewahrt bleiben soll, etwa in Form von strategischem Eigentum des Staates. Und wir wollen unter keinen Umständen den Ausverkauf von Betrieben im Bereich der Daseinsvorsorge, sondern einen entscheidenden Einfluss des Staates auf die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Dafür brauchen wir unter anderem starke Städte und Gemeinden, die Unternehmen und ihren Bürgerinnen und Bürgern optimale und leistungsfähige Infrastrukturen bieten können. Die Bedeutung der Städte und urbanen Ballungsräume nimmt weltweit zu

– auch in Österreich. Der Wirtschaftsstandort Österreich braucht attraktive Städte, um im globalisierten Wettbewerb mithalten zu können. Denn die Städte sind der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowohl in den städtischen Zentren als auch im ländlichen Raum ist Kernstück sozialdemokratischer Politik.

Zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche wie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Kreativwirtschaft oder der Biotechnologie unter den Bedingungen eines humanen, sozial und ökologisch verträglichen Fortschritts wollen wir gezielt forcieren. Als wesentliche Kristallisationspunkte von Innovation fördern wir Technologie-Cluster.

Wir wollen eine Auffangholding sowie eine Gründungsholding für zukunftssträchtige Branchen und Unternehmungen schaffen.

Wir wollen die kleinen und mittleren Unternehmungen besonders unterstützen. Wir fördern Investitionen im Inland, verbessern den Zugang zu privatem und öffentlichem Risikokapital, erleichtern Unternehmensgründungen, zum Beispiel durch gezielte Beratung oder die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden, und treiben Forschung & Entwicklung auch in diesem Unternehmenssektor voran. Wir wollen Ein-Personen-Unternehmen unterstützen, zum Beispiel Unternehmerinnen und Unternehmer begünstigen, wenn sie eine/n erste/n MitarbeiterIn aufnehmen.

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft und Forschung sollen der Gesellschaft dienen. Wir werden dafür sorgen, dass Wissenschaft und Forschung sich an diesem Leitbild orientieren und ihrer gesell-

schaftlichen Verantwortung gerecht werden. Dann bringen sie auch Wohlstand. Wissen ist eine wichtige Grundlage des sozialen und ökonomischen Zusammenlebens, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Position Österreichs im internationalen Wettbewerb.

Wissenschaft und Forschung braucht alle klugen Köpfe! Soziale Barrieren, aber auch geschlechtsspezifische Blockaden verhindern, dass das Innovationspotential ausgeschöpft wird. Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs an den Universitäten bessere Chancen geben, und wir wollen vor allem Frauen auf allen Bildungs- und Karrierestufen die gleichen Chancen eröffnen wie Männern und ihre wissenschaftliche Exzellenz besser nutzen.

Wir unterstützen das mit speziellen Programmen und der Weiterentwicklung von rechtlichen Grundlagen zur Gleichstellung an den Universitäten und in privaten Forschungsunternehmen. Ebenso wollen wir die Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund für höhere Bildungsabschlüsse und wissenschaftliche Karrieren verbessern.

Der freie Zugang zu den Bildungseinrichtungen ist ein Kernanliegen der SPÖ. Es darf daher keine sozialen oder finanziellen Barrieren bei der Ausbildung geben. Wir wollen die Studiengebühren abschaffen.

Wissen und Information gehören allen Menschen. Wir wollen dafür sorgen, dass alle Bevölkerungsgruppen an der Wissensgesellschaft teilhaben können und Zugang zu den neuen Informationstechnologien haben. Junge Menschen sollen in ihrer Ausbildung auf den verantwortungsvollen Umgang und die kritische Nutzung der neuen Technologien gut vorbereitet werden.

Für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, machen neue Technologien oft ein wichtiges Fenster zu Information, Kommunikation und Services auf. Sie bringen damit einen Zugewinn an Lebensqualität. Diese Generation braucht besondere Unterstützung, um den Umgang mit den neuen Technologien nachlernen zu können.

Wissenschaft und Forschung im Dienste der Gesellschaft muss im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen stattfinden. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung in den wissenschaftlichen Institutionen stärken und dort, wo sie abgebaut wurde, wieder einführen, etwa die Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung.

Wir müssen unsere Standortqualität für Forschung und Technologie weiter erhöhen und uns an jenen Innovationssystemen orientieren, die sich am besten entwickeln. Wir wollen wissenschaftliche und technologische Spitzenleistungen. Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der wertschöpfungsintensiven österreichischen Industrieunternehmen gilt es zu stärken und das große Potenzial der Kleinunternehmen mit einem herausragenden Wachstum besonders zu berücksichtigen. Spitzenleistungen brauchen eine breite Basis. Das Innovationssystem zu verbessern heißt daher, nicht nur in Spitzenforschung zu investieren. Gleiches gilt für die Geisteswissenschaften.

Wissenschaft ist international. Deshalb sollten für aus dem Ausland kommende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie deren Angehörige besondere Regeln gelten, was ihren Aufenthaltsstatus betrifft.

Innovation

Für die Weiterentwicklung der Gesellschaft sind Innovation und Forschung in allen Bereichen von zentraler Bedeutung. Dabei sind alle Entwicklungen in den Dienst der Menschen

und ihrer freien Entfaltung zu stellen und dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Man schätzt, dass fast ein Drittel des tatsächlichen Wirtschaftswachstums auf den Bereich der Innovation zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist die Rendite von Forschungsausgaben für die gesamte Wirtschaft noch größer als für das durchführende Unternehmen.

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist 2008 auf 2,63 Prozent gestiegen. Damit nähert sich Österreich seinem Ziel, eine europäische Spitzenposition zu erlangen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Die in der Vergangenheit niedrigen F&E-Quoten erfordern eine besondere Konzentration auf Schwerpunktsetzungen im österreichischen Innovationssystem. Zu solchen Zukunftsbereichen zählen jedenfalls die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie, Umwelt und Verkehr.

Die Entwicklung von Spitzentechnologien und damit wettbewerbsfähige Innovationen sind in allen Wirtschaftsbranchen und Unternehmensgrößen möglich. So muss einerseits dem High-Tech-Industriebereich besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, wobei auch die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit internationaler Firmenzentralen und Forschungseinrichtungen in Österreich von entscheidender Qualität sein müssen.

Forschung und Innovation müssen aber andererseits im Unternehmenssektor breiter verankert werden, gerade auch im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen. Auch sind Forschungsk Kooperationen zwischen Firmen sowie zwischen Firmen und Universitäten bzw. Fachhochschulen zu unterstützen.

Diese Verschränkungen des Ausbildungs- mit dem Forschungssystem sind ausschlaggebend dafür, dass die sozialdemokratischen Ziele der Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit realisiert werden können.

3. Investieren in die junge Generation

Chancen für die Jugend

Die Zukunft Österreichs gehört den Kindern und Jugendlichen. Ihre Interessen, Anliegen und Bedürfnisse nehmen wir ernst, denn nur so ist das Miteinander der Generationen in Österreich auch in Zukunft gewährleistet. Möglichkeiten der Mitbestimmung und der politischen Beteiligung müssen garantieren, dass die Bedürfnisse, Wünsche, Ansichten und Ziele der jungen Generation lebendig im demokratischen Prozess umgesetzt werden.

Kinder- und Jugendpolitik zieht sich durch alle Politikfelder, deshalb stehen wir für eine Politik,

- die Anliegen von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt;
- die spürbare Verbesserungen für Jugendliche erreicht;
- die Österreich zu einem kinder- und jugendfreundlichen Land macht;
- die gemeinsam mit Jugendlichen entwickelt wird.

Im Mittelpunkt steht für uns nach wie vor der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, den wir konsequent fortsetzen wollen.

Wir stehen für die Einführung einer Jugendverträglichkeitsprüfung für politische Vorhaben.

Es ist ein großer Erfolg, dass Jugendliche bereits mit 16 Jahren wählen können. Demokratische Mitbestimmung bedeutet jedoch mehr. Jugendliche sollen deshalb in Zukunft bereits ab 16 Jahren Bürgerinitiativen ins Leben rufen können. Darüber hinaus unterstützen wir den Ausbau und die Förderung von Jugendbeteiligungsmodellen wie zum Beispiel die Demokratiewerkstatt des Parlaments.

Die Österreichische Bundesjugendvertretung

ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von mehr als 40 Kinder- und Jugendorganisationen und vertritt daher die Anliegen von mehr als einer Million junger Menschen. Wir wollen sie ebenso stärken wie die einzelnen Organisationen in ihrer wertvollen Arbeit für die künftigen Generationen.

Die Kinderrechte wollen wir endlich als Grundrechte gemäß der UNO-Kinderrechtskonvention in der Verfassung verankern.

Die derzeit unterschiedlichen Jugendschutzbestimmungen wollen wir – im intensiven Dialog mit den Bundesländern – auf zeitgemäßem Niveau angleichen.

Selbst in einem reichen Land wie Österreich haben viele Kinder und Jugendliche nicht die selben Zugangsmöglichkeiten zur optimalen Bildung, zur Gesundheitsversorgung und zum gesellschaftlichen Leben. Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen deshalb verstärkt werden.

Wir wollen die Studiengebühren zur Gänze abschaffen. Wir wollen die politische Bildung in den Schulen aufwerten und dem Wunsch der jungen Bürgerinnen und Bürger nach mehr Information entsprechen.

Eine unabhängige SchülerInnen-Ombudsstelle soll institutionell verankert werden, um die Mitbestimmung an den Schulen zu verbessern. Kinder- und Jugendanwaltschaften wollen wir stärken. Weiters setzen wir uns für die Direktwahl von Landes- und Berufsschulsprecherinnen und –sprechern ein. Das ist ein wichtiger Schritt, um Demokratie praktisch zu erleben und ihren Wert für unsere Gesellschaft zu erfahren.

Die Belastungen für Lehrlinge durch Internatskosten wollen wir beseitigen.

Für Lehrlinge wollen wir darüber hinaus, analog zu den Schülerinnen und Schülern, die Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs soll generell auf die besonderen Bedürfnisse Jugendlicher Bedacht nehmen.

Viele junge Menschen werden unter dem Deckmantel eines Praktikums finanziell benachteiligt und befinden sich in einem arbeits- und sozialrechtlichen Graubereich. Eine Regelung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist notwendig.

Wir wollen jungen Menschen erleichtern, ihren ersten eigenen Haushalt zu gründen, und daher für leistbares Wohnen sorgen.

So wie Erwachsene auch, tappen Jugendliche leider nur allzu oft in die Schuldenfalle (Internetkosten, Handykosten etc.). Bessere Beratung für Jugendliche, auch in der Schule, über Verträge, Finanzdienstleistungen und Konsumentenschutzrecht soll verstärkt Abhilfe schaffen.

Wir anerkennen die wertvolle Arbeit, die Zivildienstler ebenso wie Präsenzdienstler für die Gesellschaft leisten und wollen Benachteiligungen von Zivildienstleistenden abbauen. Gleichzeitig setzen wir uns für die Beseitigung aller Missstände sowohl beim Präsenz- als auch beim Zivildienst ein sowie für die Stärkung der demokratischen Rechte der Dienstleistenden.

Im Bereich der Freizeitangebote, insbesondere im Bereich Kinder- und Jugendkultur, werden wir zukunftsweisende Modelle fördern.

Bildung

Die Sozialdemokratie ist eine Bildungsbeziehung. Bildung ist für sie ein Wert an sich. Wir bekennen uns zu einer Bildungsgesellschaft. Die Menschen in Österreich sollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können.

Sie müssen dafür bestmöglich gebildet und ausgebildet sein. Deshalb investieren wir viel in die Bildung. Deshalb kämpfen wir für ein leistungsstarkes und chancengerechtes Bildungssystem. Die Lebenswege sollen nicht von Kindheit an vorgezeichnet bleiben und vom finanziellen Status der Eltern abhängig sein. Die SPÖ will allen Menschen den freien Zugang zu Bildung ermöglichen, weil wir darin den wichtigsten Schlüssel für die faire Verteilung von Chancen in der Gesellschaft sehen.

Mehr und bessere Arbeitsplätze für Österreich können wir in Zukunft nur sichern, wenn wir dafür sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes Schlüsselkompetenzen erwerben, sich während ihres gesamten Lebens kontinuierlich weiterbilden und somit in der zunehmenden Konkurrenz bestehen können.

Bildung umfasst für uns auch die vielfältige Förderung von Kreativität, Reflexion, Ästhetik, von interkulturellem Verständnis, Toleranz, Politik und Demokratie sowie von gesellschaftlichem Diskurs. Kunst- und Kulturvermittlung muss einen zentralen Stellenwert in unserem Bildungssystem einnehmen.

Das österreichische Bildungssystem braucht eine Fortsetzung des von uns begonnenen Innovationsschubs. Der Wandel von der Verordnungs- und Erlasskultur zum Prinzip Selbstverantwortung und zur Schule als lernender Organisation muss gelingen.

Der Kindergarten wird zum Bildungsgarten. Die Lust am Lernen muss von Anfang an gefördert und unterstützt werden. Der flächendeckende Ausbau einer qualitativ hochwertigen, leistbaren, bedarfsorientierten und ganztägigen Kinderbetreuung ist daher ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie.

Mittels konkreter Zielvorgaben soll das Angebot vor allem an ganztägigen Kinderbetreuungsplätzen schrittweise in allen Regionen und

vor allem auch für die Altersgruppe der unter Dreijährigen erweitert werden. Die Kosten dürfen keine Barriere für den Zugang von Kindern zu Betreuung und Frühförderung oder für die Erwerbstätigkeit von Eltern sein. Langfristig wollen wir das Vorziehen der Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr. Für die Sicherstellung der Qualität ist hochqualifiziertes Personal und die Qualitätssicherung durch einen nationalen Bildungsplan notwendig.

Soziales Verhalten und Sprachförderung müssen bei der Frühförderung besonders beachtet werden. Der Erwerb der Sprachkompetenzen in Deutsch und in der Muttersprache ist dabei besonders wichtig und muss unterstützt werden. Die verpflichtende vorschulische Förderung ermöglicht allen Kindern einen fairen Schulstart. Generell ist die Schule als eines der wichtigsten Instrumente der Integration zu stärken.

Wir investieren in bessere Bildung und kleinere Klassen. Das ermöglicht mehr Zuwendung und individuelle Förderung für jedes Kind. Mehr Zeit für jedes einzelne Kind ist unser Ziel. Bildungsstandards werden die beste Qualität an unseren Schulen garantieren.

Ganztägige Schulformen ermöglichen die Vereinbarkeit von Kind und Beruf für die Eltern, sie unterstützen die ganzheitliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler und sie sind ein wirksames Instrument zur Chancengleichheit. Ein sinnvoll abgestimmtes Angebot von Lernen, Wiederholen und Üben sowie von freizeitpädagogischen Akzenten mit bewegungsorientierten, sportlichen, kreativen und musischen Aktivitäten stellt sicher, dass den Kindern mehr Zeit und Raum gewidmet wird.

Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen bietet viele positive Effekte: Die Kinder erhalten gemeinsam vier weitere Jahre, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Talente zu entfalten. Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nach der 8. Schulstufe wird professionell begleitet. Förderung und

Förderung sind die wesentlichen Elemente dieser gemeinsamen Schule. Mit der Neuen Mittelschule wird in größeren Modellregionen das Konzept dieser gemeinsamen Schule ab 2008/09 verwirklicht. Unser Ziel ist, dass aus diesen Modellversuchen längerfristig eine gemeinsame Schule für alle wird.

Die Motivation und die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer sind Schlüsselfaktoren für hochwertige Lernergebnisse. Der Lehrberuf ist eine hochprofessionelle Tätigkeit, die bestgeeigneten Personen sollen diesen Beruf ergreifen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Lehrerinnen und Lehrer in dieser oft schwierigen Aufgabe, auch bei Konflikten und Erziehungsproblemen, professionell zu unterstützen. Neues Lernen erfordert auch eine neue Architektur und einen entsprechend zeitgemäßen Standard unserer Schulen.

Unter Nutzung der Stärken der Pädagogischen Hochschulen und der Universitäten soll eine gemeinsame Ausbildung für pädagogische Berufe mit gemeinsamen Standards entstehen, die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Altersgruppen orientiert.

Mit der Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr ermöglichen wir allen Jugendlichen eine volle Berufsausbildung, entweder in einer berufsbildenden Schule, am Lehrplatz oder in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte. Maßnahmen der Berufs- und Bildungswegorientierung sollen Jugendliche dabei unterstützen, den Ausbildungsplatz zu finden, der ihren individuellen Fähigkeiten, Begabungen und Wünschen entspricht. Damit stellen wir sicher, dass in Österreich alle Jugendliche eine Perspektive haben. Abweisungen aus Mangel an Plätzen an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen darf es künftig nicht mehr geben.

Ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik ist die Berufsmatura. Bereits ab dem Schuljahr 2008/09 können Lehrlinge parallel zur Lehre kostenfrei die Studienberechtigung

erwerben. Damit werten wir die Lehre auf. Denn die Lehrlinge haben als Facharbeitskräfte einen zentralen Anteil an der Sicherung des Wohlstands unseres Landes. Deswegen ist uns die Optimierung ihrer Lebenschancen ein besonderes Anliegen.

Jeder Mensch muss das Recht auf eine zweite Chance haben. Deshalb muss beispielsweise das unentgeltliche Nachholen von Bildungsabschlüssen für alle und altersunabhängig möglich werden. Jeder Jugendliche soll einen positiven Pflichtschulabschluss erreichen.

Wir wollen Anreize setzen, damit Personen mit Migrationshintergrund in die pädagogischen Ausbildungen kommen. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen im Rahmen ihrer Ausbildung interkulturelle Kompetenzen erwerben. Integrations- und Inklusionsmaßnahmen müssen auch die sonderpädagogische Förderung ab der 9. Schulstufe umfassen. Neue Modelle in der Erwachsenenbildung sollen den Erwerb von Sprachkompetenzen, Grundbildung und Bildungsabschlüssen für Personen mit Migrationshintergrund besonders unterstützen.

Besonders junge Menschen brauchen bei der Frage ihrer Berufswahl eine fundierte Begleitung. Garantierte Zeit für Berufsorientierung soll sie bei dieser wichtigen Entscheidung unterstützen. Deshalb werden wir die Bildungsinformation und Berufsberatung an den Schulen und die Informations- und Beratungsangebote der Erwachsenenbildung stärker nutzen. Selbstbestimmte, wohlüberlegte Berufsentscheidungen entlang der persönlichen Begabungen und Neigungen sind das Ziel.

Kunst und Kultur

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie muss neben der finanziellen Förderung von Kunst und Kultur die gesamtgesellschaftliche Stellung von Kultur erhöhen. Ziele einer

sozialdemokratischen Kunst- und Kulturpolitik sind vor allem: kulturelle Teilhabe und Partizipation sowie kulturelle Bildung steigern, volkswirtschaftliche Bedeutung von Kultur, wie zum Beispiel Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte sichtbar machen, Verständnis von zeitgenössischer Kunst steigern und Kunst im Kontext von Innovation wahrnehmen. Kunst zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Zukünftiges vorausahnt, Neues schafft und damit die Weiterentwicklung der Gesellschaft unterstützt. Österreich hat ein großes kulturelles Erbe, das es zu pflegen gilt. Gleichzeitig braucht der zeitgenössische Sektor unsere besondere Aufmerksamkeit.

Die Förderung der kulturellen Vielfalt - in Österreich und in Europa - und eines offenen kulturellen Klimas sowie die besondere Förderung des zeitgenössischen Kunstschaffens sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Kulturpolitik. Künstlerinnen und Künstler leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum öffentlichen Diskurs und zum gesellschaftlichen Reichtum, der sich nicht im Ökonomischen erschöpft, und sie bilden Quellen der Innovation. Die Förderprogramme des Bundes sind laufend und faktenbasiert im Interesse der Kunst und der Kunstschaffenden weiterzuentwickeln. Transparenz, wertschätzende Kommunikation, rasche Bearbeitung und laufende Information sind uns dabei wichtig.

Deshalb wollen wir auch den wertschätzenden und intensiven Dialog mit Kunstschaffenden suchen und pflegen, sie fördern und ihnen auch internationale Anerkennung ermöglichen. Das gilt besonders für den künstlerischen Nachwuchs. Direktförderungen, mehrjährige Förderprogramme, Stipendien in Österreich und international, Auszeichnungen und Wettbewerbe, Unterstützung beim Aufbau von internationalen Kontakten und Einbindung in etablierte Kulturinstitutionen sind wichtige Maßnahmen. Wir wollen den internationalen Kulturaustausch besonders fördern und die Auslandskulturpolitik weiterentwickeln.

Immer wieder sollen Kontakte zu Schulen geknüpft werden, die sich zu Partnerschaften entwickeln. Mehr Kunst und Kultur muss in die Schule gebracht werden, nur so können wir die jungen Menschen begeistern. Auch leisten Kulturinstitutionen und Bildungseinrichtungen wichtige Beiträge bei der Vermittlung von Werten. Kunst ist für die bewusste Gestaltung des Lebens unverzichtbar und auch Teil der politischen Bildung.

Zur Verbesserung des Zugangs zu allen Formen von Kunst und Kultur werden wir besonderen Wert auf Vermittlungsangebote aller Kulturinstitutionen legen. Kunst und Kultur sollte die gesellschaftlichen Bereiche durchdringen, so soll etwa der Baukultur bei der Gestaltung der öffentlichen Räume ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Öffentliche Bibliotheken und Büchereien haben im Bereich Bildung, Kultur, neue Medien und Information wichtige, auch soziale Funktionen. Sie sollen europäischen und heimischen Vorbildern folgend österreichweit auf hohe Qualitätsstandards im Zusammenwirken von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden gebracht werden.

Der österreichische Film, der sich international höchster Reputation erfreut, muss auch in Österreich substantiell gefördert werden. Das betrifft die Filmproduktion genauso wie die Filmvermittlung und die Förderung der Infrastruktur, etwa der Programmkinos. Hier gilt unser Augenmerk auch dem innovativen Film und der Nachwuchsfilmförderung.

Wir wollen die österreichische Museenlandschaft weiterentwickeln, die Schätze der Vergangenheit öffnen, sie in Gegenwartsbezüge setzen und breiten Teilen der österreichischen Bevölkerung zugänglich machen. Im Bereich der Bundesmuseen geht es um die zügige Öffnung bedeutender Sammlungsbestände und um die Umsetzung lange vorbereiteter Investitionsvorhaben, um mehr Raum für die Gegenwartskunst und die Förderung der schon heute exzellenten Forschung. Wir wol-

len freien Eintritt in die Bundesmuseen für Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr. Museen sind gesellschaftliche Bildungsinstitutionen.

Frauenförderung und Gender Mainstreaming müssen auch im Kulturbereich zur Selbstverständlichkeit werden.

4. In Sicherheit leben

Gesundheit

Höchstes Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung der besten gesundheitlichen Versorgung für alle Menschen in Österreich, unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft, Region oder Geschlecht. Mit aller Kraft ist die Entwicklung hin zu einer „Zwei-Klassen-Medizin“ zu verhindern.

Die Ausgangsvoraussetzungen sind gut: Die Österreicherinnen und Österreicher wissen, dass sie im internationalen Vergleich eines der besten Gesundheitssysteme haben. Wir bekennen uns zum öffentlich organisierten Gesundheitswesen und zur Verantwortung des Staates in der Gesundheitsversorgung. Wir verstehen Gesundheit auch in einem breiteren Sinne: Gesundheit steht in einem engen Verhältnis zu sozialen Rahmenbedingungen und Teilhabechancen.

Für die Sozialdemokratie stehen bei jeder Strukturdiskussion die Menschen im Mittelpunkt. Die Menschen in Österreich müssen darauf vertrauen können, dass die Verantwortlichen mit Steuer- und Beitragsgeldern sorgsam und nachvollziehbar umgehen. Die Sozialdemokratie steht dafür, die Gesundheitsziele gemeinsam zu definieren und sie nach regionalen Bedürfnissen im selbstverwalteten System umzusetzen.

Dafür brauchen wir Vertrauensärztinnen und -ärzte, die während des Genesungsprozesses durch das Gesundheitssystem begleiten und damit eine verstärkte Zusammenarbeit der Anbieter gewährleisten. Die Sozialdemokratie will dafür neue Organisationsformen im Gesundheitswesen zur Verbesserung der Behandlungsabläufe, die auch chronische Erkrankungen wie zum Beispiel Diabetes noch stärker berücksichtigen.

Ein an den Menschen orientiertes Gesundheitssystem bedeutet für uns mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Systems. Diese Grundsätze müssen nicht zuletzt bei der elektronischen Verarbeitung von Gesundheitsdaten im Sinne strenger Datenschutzkriterien beachtet werden. Zur Sicherstellung des gleichen Zugangs brauchen wir genügend Zeit für umfassende Information der Patientinnen und Patienten und ein transparentes Wartezeitsystem.

Wir unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres hervorragenden Gesundheitssystems. Wir setzen uns daher für eine verbesserte Aus- und Weiterbildung, für angemessene Bezahlung sowie für eine höhere Durchlässigkeit der Berufsbilder auf Grund modularer Ausbildungen ein.

Ein gutes Gesundheitssystem braucht neben der besten Behandlung von Kranken auch den Mut zu Investitionen in die Gesundheitsförderung und in die Prävention, etwa in die Bewegungsförderung als Vorbeugung von Zivilisationskrankheiten. Information und Bildung und das Abholen der Menschen in ihrem Lebensumfeld (Arbeit, Schule, Gemeinde) sind dafür Grundvoraussetzungen, damit Einkommen, Alter, Herkunft, Region oder Geschlecht nicht über den Gesundheitszustand entscheiden.

Gesundheit ist ein Wert, der auch in allen anderen Politikfeldern berücksichtigt werden muss. Wir wollen gesunde Lebensmittel, eine offensive Bildungsstrategie und Anreize für die Ausweitung der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems braucht Einrichtungen, die entlang internationaler Standards in den Themenfeldern Qualität, Public Health, Gesundheitsökonomie sowie bei

der Bewertung neuer medizinischer Methoden in Österreich Grundlagenarbeit leisten.

Die SPÖ steht für Chancengleichheit für Frauen und Männer, auch im Gesundheitsbereich. Wir brauchen daher leicht zugängliche geschlechtsspezifische Angebote.

Beim Thema Gesundheit versagt der Markt, die Menschen müssen auf eine solidarische Gesundheitsversorgung vertrauen können. Das Finanzierungssystem des österreichischen Gesundheitswesens ist unter Druck geraten. Dabei erschweren die beträchtlichen Beitragsrückstände sowie die nicht abgeholte Erfüllung von Aufgaben, die nicht zum eigentlichen Tätigkeitsbereich gehören, die Lage der Krankenkassen beträchtlich. Die SPÖ steht für eine sofortige Entschuldung der Gebietskrankenkassen, damit die Versorgung der Menschen nicht in Gefahr gerät, und für die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierungsbasis des Gesundheitssystems.

Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit statt zusätzlicher Belastungen, weiterhin solidarische Beiträge, die gleiche Leistungen garantieren. Wir stehen für eine vermehrte Steuerfinanzierung, wie zum Beispiel für eine Vermögenszuwachssteuer oder für die Zweckbindung der Tabaksteuer.

Selbstbehalte belasten Kranke und Einkommensschwache. Die SPÖ steht dafür, keine weiteren Selbstbehalte für Patientinnen und Patienten einzuführen. Soziale Überlegungen müssen bei der Einhebung bestehender Selbstbehalte verstärkt berücksichtigt werden.

Pflege

Die Sozialdemokratie weiß um die Anforderungen, die in den nächsten Jahren an das

Pflegesystem gestellt werden. Ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben muss für alle – und damit auch für pflegebedürftige – Menschen als Selbstverständlichkeit gesichert werden. Im Pflegebereich wurden in den letzten eineinhalb Jahren wesentliche Grundlagen erarbeitet und eine neue Sozialleistung für Unterstützung der Betreuung zu Hause eingeführt.

Auch wenn sich die Lage der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Betreuungspersonen verbessert hat, ist es erforderlich, das Pflegevorsorgesystem weiterzuentwickeln und weitere Schritte zu setzen, um das hohe Niveau der österreichischen Pflegevorsorge auch in Zukunft zu verbessern.

Unser Ziel ist eine Pflege- und Betreuungslandschaft, die die Bedürfnisse aller Beteiligten ausgewogen berücksichtigt. Kernelemente sind ein zweckorientiertes Pflegegeld sowie ein flächendeckendes bedarfsorientiertes Angebot von leistbaren ambulanten, teilstationären und stationären Diensten.

Rund 80% der pflegebedürftigen Menschen werden zuhause von ihren Angehörigen gepflegt, die damit große Belastungen auf sich nehmen und einen äußerst wertvollen sozialen Beitrag leisten. Zu einem überwiegenden Teil sind es die Frauen, die diese Leistung erbringen. Es ist unbedingt notwendig, die pflegenden Angehörigen zu unterstützen und ihre Position zu stärken. Wir wollen, dass diese Pflegenden auch Zugang zu gesundheitsfördernden Maßnahmen der Versicherungsträger erhalten.

Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Pflegegeldes sowie die bessere Einstufung von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen bzw. Demenzkranken.

Wir wollen die teilstationären Einrichtungen und die mobile Betreuung für pflegebedürftige Menschen zuhause sowie Wohnformen, wie etwa betreutes Wohnen, stärken.

Wir unterstützen ein flächendeckendes Angebot von mobiler Beratung für Angehörige pflegebedürftiger Menschen sowie von Kurzzeitpflegeeinrichtungen und Diensten, die pflegende Familienangehörige entlasten.

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ein, die den Beruf auch bei langer Ausübung attraktiver machen.

Derzeit wird Pflege zu einem großen Teil über die Sozialhilfe finanziert. Das ist der falsche Weg. Wir treten für eine neue Finanzierungsform im Pflegebereich ein, die es ermöglicht, auf Vermögenseinsatz und Regressierung zu verzichten. Wir wollen keine neuen Selbstbehalte. Wir stehen für die nachhaltige Finanzierung der Pflegedienstleistungen auch über die Besteuerung von Vermögenszuwächsen und Kapitaltransaktionen.

Menschen mit Behinderungen

Unser Ziel ist die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft, und zwar unabhängig davon, ob die Behinderung von Geburt an vorliegt oder aus Unfällen oder Krankheiten im Laufe des Lebens resultiert.

Voraussetzung für die volle Teilhabe sind zunächst integrative Bildungsformen in allen Schulbereichen und Schulstufen sowie ausreichende persönliche Assistenzleistungen vom Kindergarten bis zur Universität, aber auch später am Arbeitsplatz und in der Freizeit.

Darauf aufbauend muss eine realistische Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt eröffnet werden, etwa durch die Schaffung und Sicherung von sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen

sowie durch höhere Durchlässigkeit zwischen Beschäftigungstherapien und Arbeitsverhältnissen. Auch bei der Nutzung von Beschäftigungstherapien muss die soziale Absicherung gewährleistet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle wesentlichen Infrastrukturen, wie etwa im Verkehr oder bei Bauprojekten, barrierefrei gestaltet werden und dass der Schutz vor Diskriminierung für Menschen mit Behinderungen verbessert wird. Barrierefreiheit muss auch für die Nutzung neuer Technologien gelten. Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen, dass Websites speziell im öffentlichen Bereich barrierefrei gestaltet werden. Darüber hinaus wollen wir die Behindertenfreibeträge erhöhen.

Unternehmen, die ihrer Einstellungsverpflichtung nicht nachkommen, sollen jene Kosten zahlen, die ein Arbeitsplatz für Beeinträchtigte kostet. Der Kündigungsschutz darf nicht abgebaut werden.

Wohnen

Wohnen und Energie gehören mit rund 50 % Anteil zu den Hauptverursachern des Anstiegs der Inflationsrate. Auch im Verlauf des Jahres 2008 werden die Kosten fürs Wohnen erneut steigen, neben der Indexanpassung werden auch die international steigenden Energiepreise die Haushalte weiterhin belasten.

Die Leistbarkeit des Wohnens, und damit ein Grundbedürfnis jedes Menschen, ist damit gefährdet. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, den sozialen Wohnbau in Österreich in all seinen Facetten aufrecht zu erhalten und zu stützen und seine vor allem soziale Rolle zu verstärken.

Am privaten Wohnungsmarkt beginnen Mietpreise zwischen 10 und 15 Euro pro Quadratmeter zum normalen Alltag für Wohnungssuchende zu werden, steigende Maklerkosten und Kauttionen belasten jeden Umzug.

Die Bedingungen für Wohnungssuchende, aber auch für Mieterinnen und Mieter sind unfair geworden. Das Verhandeln auf gleicher Augenhöhe ist nur für jene möglich, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um im teuersten Marktsegment eine Wohnung zu suchen. Das Wohnungsangebot für kleine und mittlere Einkommen ist zu gering.

Wir wollen mehr Fairness in den Bereich Wohnen bringen.

Die Wohnbauförderung und das System der Wohnungsgemeinnützigkeit bleiben als Garant für leistbares Wohnen bestehen, ihre soziale Aufgabenstellung wird verstärkt. Die Wohnbauförderung wird von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert, und daher muss ihr Einsatz der Schaffung und dem Erhalt von sozialem Wohnraum dienen.

Willkür soll im Wohnrecht keinen Spielraum haben. Daher wollen wir die Rechte für die Mieterinnen und Mieter generell verbessern. Mieterinnen und Mieter dürfen in keine Zwangslagen gebracht werden, die dazu führen, dass auf bestehende Rechte verzichtet wird, nur um die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zu gefährden. Der unbefristete Mietvertrag muss daher wieder Standard werden.

Die finanziellen Belastungen des Wohnens müssen in einer angemessenen Relation zu den Einkommen der Menschen stehen. Neben der Abschaffung unnötiger Vertragsgebühren sind die Maklerprovisionen sowie die Kautionen deutlich zu reduzieren, um die Nebenkosten beim Wohnungswechsel zu senken. Junge Menschen wollen wir, etwa bei Familiengründung, bei der Suche nach leistbarem Wohnen besonders unterstützen.

Die Einführung nachvollziehbarer Mietzinsbegrenzungen im Richtwertmietzins muss gewährleistet werden durch:

- die mietvertragliche Fixierung eines taxativen Katalogs von Zu- und Abschlägen,
- die Deckelung der Zuschläge,

- Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter bei Wertanpassungen von Mieten,
- die Möglichkeit der jederzeitigen Überprüfung der Einhaltung der Mietzinsbestimmungen,
- die Berücksichtigung des heute zeitgemäßen Wohnungsstandards bei der Richtwertermittlung.

Der Weg zum Recht im Streitfall darf nicht nur jenen zugänglich sein, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Rechte und Pflichten hinsichtlich Erhaltung und Wartung müssen gesetzlich eindeutig geregelt werden.

Die Wärmebereitstellung für private Haushalte stellt ein großes Potential für Energieeinsparungen und für innovative Technologien dar. Wir treten daher dafür ein, diese Potentiale zu nützen und zu fördern.

Konsumentenschutz

Im Konsumentenschutz müssen nicht nur Rechte geschaffen und fortentwickelt werden. Sie müssen auch kollektiv oder individuell durchgesetzt werden können. Und es müssen die mündigen Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Risiken aufgeklärt sein.

Wir wollen deshalb die Rechte der Absicherung der Konsumentenschutzeinrichtungen und damit der Konsumentinnen und Konsumenten weiter stärken. Dazu bedarf es sowohl eines vereinfachten Gruppen- wie Musterverfahrens. Wir kämpfen gegen unredliche Geschäftsmethoden, die vor allem durch Internet und Telefonmehrwertdienste drastisch zugenommen haben.

Es müssen die Vorschriften zu Haustürgeschäften der heutigen Zeit angepasst werden. Neben verstärkten Kontrollen und Zulassungsregelungen wollen wir eine einheitliche 14-tägige Rücktrittsfrist bei diesen Geschäften. Besseren Schutz vor Über-

vorteilungen soll auch ein Rücktrittsrecht bei Messen, Märkten und bei Versicherungen bei Vermittlung durch Makler bringen. Darüber hinaus wollen wir die Rechte für Urlaubsreisende stärken.

Unser Ziel ist es, Verbraucherbildung in Schulen zu forcieren. Junge Menschen sollen so zu mündigen, kritischen Konsumenten werden, die über Rechte und Pflichten und ihre moralische Verantwortung beim Konsumieren Bescheid wissen. Schließlich wollen wir die Verbraucherforschung stärken.

Sicherheit und Recht

Für uns ist es eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein Grundrecht auf Sicherheit.

Für dieses Grundrecht sind zunächst die sozialen Bedingungen in Österreich, aber auch in seinen Nachbarländern ausschlaggebend. Für uns ist dabei der Bereich der Prävention von besonderer Bedeutung. Es kommt auf jedes Delikt an, das im Vorfeld verhindert werden kann. Tatsächlich sind eine gute Sozialpolitik, gesellschaftliche Solidarität und sozialer Frieden entscheidende Faktoren einer erfolgreichen Sicherheitspolitik.

Wir wollen die alltägliche Gewalt in der Familie und im sozialen Nahraum bekämpfen. Gewaltschutz im Sinne des besonderen Schutzes von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie von älteren Menschen sowie die Bekämpfung von Sexualstraftaten wollen wir verstärkt fortsetzen.

Neben den rechtlichen Verbesserungen im Gewaltschutzbereich bekennen wir uns dazu, ein dichtes Netz an Betreuung und Beratung von Frauen und Kindern sicher zu stellen. Frauen müssen sich in unserem Land sicher fühlen, und dies sowohl hinsichtlich ihrer

physischen als auch ihrer sozialen Sicherheit.

Dazu braucht es einen Tatbestand, der das Gesamte einer länger währenden Gewaltbeziehung erfasst, einen Ausbau der einstweiligen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt, bessere Rückfallsprognosen und eine gerichtliche Aufsicht nach der Entlassung von Sexualstraftätern.

Wir wollen auch wirksam gegen Jugendkriminalität vorgehen. Hier müssen wir in der Prävention mit Beratung und Sozialarbeit ansetzen, insbesondere muss zudem an Schulen verhindert werden, dass gewalttätiges Verhalten eingeübt wird.

Unter anderem sollen Lehrerinnen und Lehrer als Vertrauenspersonen qualifiziert werden, um der Gewalt an Schulen entgegenzuwirken. Schülerinnen und Schüler sollen als „Peers“ ausgebildet werden, um dieses Thema in der Schule zu thematisieren und um zu sensibilisieren.

Straffällige Jugendliche sollen eine zweite Chance bekommen. Dazu braucht es eine spezialisierte Jugendgerichtsbarkeit und auch wieder einen modernen Jugendgerichtshof.

Im Bereich der Exekutive ist es notwendig, dass die Polizistinnen und Polizisten hauptsächlich im Außendienst aktiv und sichtbar für die Bevölkerung agieren. Die Polizei und die Bevölkerung sollen eine Sicherheitseinheit bilden.

Die Exekutive muss für ihre Aufgaben, auch für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder global agierende kriminelle Strukturen, personell gestärkt und ausreichend ausgestattet sein sowie die modernsten Mittel erhalten, deren gesetzeskonformer Einsatz von einem unabhängigen Rechtsschutzbeauftragten, der dem Parlament unterstellt sein soll, ständig zu überprüfen ist. Besonderes

Augenmerk ist auf den entsprechenden Datenschutz zu legen.

Wir wollen uns für eine neue Unternehmenskultur in der Exekutive einsetzen. Weisungsverläufe müssen schriftlich dokumentiert werden, jeder rechtswidrigen Veröffentlichung ist nachzugehen, Einrichtungen, die ohne taugliche Rechtsgrundlage agieren, wie das Büro für Interne Angelegenheiten, sind sofort aufzulösen.

Wir stehen an der Seite der Opfer von Straftaten. Das wichtigste Opferrecht ist das Recht, Gerechtigkeit zu erfahren. Das heißt, dass der Täter zur Verantwortung gezogen wird und dass es dem Opfer möglich ist, das Unrecht zur Sprache zu bringen und als Opfer Anerkennung und Unterstützung zu finden. Professionelle Opferhilfe muss dann dafür sorgen, dass die Opfer ihre alte Sicherheit wiedergewinnen.

Für uns ist entscheidend, dass der Zugang zu Recht und Justiz leistbar sein und allen Menschen in Österreich offen stehen muss. Der gleiche, verlässliche und barrierefreie Zugang zum Recht ist eine Grundbedingung des entwickelten Rechtsstaats. Wichtig ist auch, dass die Verfahrensdauer dort, wo sie heute nicht akzeptabel ist, gesenkt wird.

Durch Gruppenklagen sollen gleichartige Ansprüche mehrerer Betroffener unter Wahrung der Klagsansprüche Einzelner leichter durchsetzbar werden.

Die Kosten für die Suche und Bergung von Bomben und anderen gefährlichen Kriegsrelikten sind, wenn es der allgemeinen Sicherheit dient, vom Bund zu übernehmen.

5. Nachhaltigkeit verwirklichen

Nachhaltigkeit bedeutet, mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen so umzugehen, dass auch kommende Generationen in der Art und Weise, wie wir das heute für uns beanspruchen, leben können. Diese Ressourcen sind daher in dem Maße zu nutzen, in dem sie ersetzt beziehungsweise wieder beschafft werden können.

Ziel einer nachhaltigen Politik ist eine ausgewogene Bilanz zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen. Dabei ist Nachhaltigkeit mehr als Umweltpolitik.

Nachhaltigkeit zieht sich als roter Faden durch alle Bereiche unserer sozialen Reformpolitik. In der Nachhaltigkeitsidee steckt ein enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das konsequent erschlossen werden muss.

Umwelt

Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage heutiger und künftiger Generationen. In vielen Fällen reichen nationalstaatliche Regelungen nicht aus, um die Natur und die Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu schützen. Die Umwelt zu schützen funktioniert nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen, sondern braucht konkrete Maßnahmen und Förderungen, überprüfbare und nachvollziehbare Gesetze und strikte Haftungsregelungen.

Wir setzen uns daher für ein Welthandelssystem ein, in dem soziale, Umwelt- und Menschenrechte einen ebensolchen Stellenwert haben wie Wirtschaftsinteressen. Im Zuge der Reform der UNO soll das UN-Umweltprogramm zu einer eigenen UN-Umweltorganisation werden.

Wir wollen effektiven Schutz für Luft, Wasser, Boden und Biodiversität mit klaren Haftungen

und ohne Abwälzung von Kosten für Umweltschäden, die durch profitables Ausbeuten der Umwelt entstanden sind, auf die Allgemeinheit.

Die derzeitige gesetzliche Lage bietet immer noch keine lückenlose Sicherstellung von wichtigen Wasserreserven für die Allgemeinheit. Um die Wasserressourcen für alle zu sichern, wollen wir durch gesetzliche Maßnahmen sicherstellen, dass ein Verkauf an Private nicht möglich ist.

Landwirtschaft und ländlicher Raum

Die SPÖ will den ländlichen Raum als Lebensraum mit hoher Lebensqualität nachhaltig erhalten. Dabei gilt es die Arbeits- und Lebensperspektiven der Menschen aktiv zu fördern. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung von Kommunikationsinfrastruktur (Breitband) und die Versorgung des ländlichen Raums mit Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind uns ein besonderes Anliegen. Dabei setzen wir auf kooperative Lösungen zwischen allen Gebietskörperschaften und die Stärkung der kleinen und mittleren Zentren als Stützpunkte der regionalen Versorgung.

Wir stehen für eine starke Regionalpolitik, die die Chancengerechtigkeit fördert und dabei auf Ausgleich, Kooperation und Koordination der Planungsgrundlagen und Förderungen sowohl auf Bundesebene, zwischen Bund und Ländern als auch auf europäischer Ebene setzt. Gerade auch die Bedürfnisse der Menschen in grenznahen Regionen wollen wir umfassend berücksichtigen.

Für den Bereich des Tourismus gilt es weiterhin, die Schaffung von Modellregionen, in denen sich regionale Identitäten wiederfinden und regionale Wertschöpfungsketten entwickeln, zu fördern.

Die Mittel der ländlichen Entwicklung gilt es in

Zukunft nicht nur als reine Agrarförderungen zu sehen, sondern auch als Fördermittel, die zur Verbesserung regionaler Infrastruktur jeglicher Art sowie dem Schutz der Artenvielfalt dienen.

Überbetriebliche Leistungen, wie etwa Landschaftspflege, sind zu entgelten, überbetriebliche Schadenswirkungen, wie etwa Grundwasserschädigung, sind verursachungsgemäß anzulasten.

In der Landwirtschaft gilt es die Fördermittel gerecht zu verteilen und den tatsächlichen Arbeitsaufwand in den Mittelpunkt der Förderung zu stellen. Gerade die derzeitige Teuerungswelle macht eine Förderpolitik notwendig, die auf die Nutzung von Flächen zur Lebensmittelproduktion abzielt. Die SPÖ bekennt sich zur Förderung der kleinbäuerlichen und regionalen Strukturen und zur ökologischen sowie den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft. Bäuerliche Einkommensverhältnisse müssen gerecht und fair gestaltet werden.

Auf europäischer Ebene treten wir dafür ein, Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte abzubauen, um den Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang zu ermöglichen.

Klima und Energie

Es ist die Klimaerwärmung, die den Österreicherinnen und Österreichern viele Sorgen bereitet. Der Energieverbrauch steigt weltweit ebenso wie in Österreich dramatisch an. Ohne drastisches Sparen von Energie und eine signifikante Erhöhung der Energieeffizienz werden wir den Klimawandel nicht stoppen. Hier liegt ein großes Potential, das nicht mit der Einschränkung der Lebensqualität einhergehen muss: So kann etwa durch effektive Wärmedämmung der Energieverbrauch, und

damit auch die finanzielle Belastung, um bis zu 40 Prozent gesenkt werden.

Zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen gehört auch eine nachhaltige Energieversorgung, sowohl in der Stromerzeugung als auch bei der Bereitstellung anderer Energieformen, wie etwa der Fernwärme bzw. -kälte.

Im Hinblick auf die Sicherung der Energieversorgung für kommende Generationen und die zukunftssichere Anbindung Österreichs an internationale Versorgungsnetze ist der bedarfsgerechte Ausbau des österreichischen Stromnetzes zu gewährleisten. Sowohl der Bedarf der Wirtschaft als auch berechnete Anliegen der Bevölkerung sind dabei zu berücksichtigen.

Es ist unabdingbar, sowohl die Finanzierung von erneuerbarer Energie und von Energieeffizienzmaßnahmen sozial verträglich durchzuführen, als auch ökologische und ökonomische Kriterien zu beachten. Energieeffizienz, ökologische Kriterien und erneuerbare Energien sowie Verkehrsinfrastruktur, insbesondere bezogen auf öffentliche Verkehrsmittel, müssen bei der Raumplanung verstärkt einbezogen werden.

Wir fordern die Koordinierung aller Maßnahmen auf globaler, europäischer und auf österreichischer Ebene, um die Klimaerwärmung zu stoppen. Die dafür erforderlichen Mittel sind sozial gerecht aufzubringen.

Wir fördern die Forschung zur Marktreife für Agrotreibstoffe, bei denen nicht Nahrungsmittel, sondern Abfälle verwertet werden. Wir treten gegen Beimischungsziele von agrarischen Treibstoffen ein, wenn die Rohstoffe dafür nicht ohne negative Auswirkungen auf Umwelt, soziale Sicherheit und Wahrung der Nachhaltigkeit produziert werden.

Wir wollen einen spürbaren Beitrag Österreichs

für ein ehrgeiziges und global umspannendes Kyoto-Nachfolgeprotokoll leisten, in dem auch dementsprechende heimische Beiträge zur Minderung der Emissionen enthalten sind.

Ein Energieeffizienzgesetz soll einen starken gesetzlichen Rahmen für die sparsame Energienutzung bieten.

Klimaschutzmaßnahmen im Inland schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung, senken nachhaltig den Ausstoß von Treibhausgasen und sind Investitionen im Ausland vorzuziehen.

Wir lehnen die friedliche Nutzung der Kernenergie ab. Die nun wieder weit verbreiteten Theorien über den positiven Beitrag der Nukleartechnologie zum Kampf gegen den Klimawandel und für Energiesicherheit sind kurzsichtig und gefährden den notwendigen technologischen und ökonomischen Impuls für erneuerbare Energien.

Tierschutz

Tierschutz ist eine wichtige Herausforderung, die in den verschiedensten Bereichen verantwortungsvoll wahrzunehmen ist. Tierhandel, private Tierhaltung, Tiertransporte, Lebensmittelproduktion und die Massentierhaltung sind die Bereiche, in denen wir auf die Einhaltung der Gesetze achten müssen.

Mit der Anpassung des Tiertransportgesetzes wurde der Lebendtiertransport maßgeblich verbessert. Wichtig ist der österreichweite Einsatz von hauptamtlichen Kontrollorganen für Tiertransporte. Wir treten für die Schaffung eines österreichweit einheitlichen Tiergesundheitsdienstes ein. Dieser wäre ein wesentlicher Faktor zur Verbesserung der Tierhaltung und der Tiergesundheit in Österreich.

Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Stärkung des Tierschutzes ein. Das Ende der Exporterstattung für Lebendtiertransporte begrüßen wir ausdrücklich.

Mobilität

Umweltfreundliche Mobilität kann einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele liefern. Ein großer Teil der CO₂-Emissionen im Sektor Verkehr wird durch LKW, und hier insbesondere durch Transitfahrten, verursacht. Darum wollen wir umfassende Maßnahmen zur Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße ergreifen. Die Internalisierung externer Kosten beim Straßengüterverkehr stellt hierzu einen wichtigen Schritt dar, was durch eine entsprechende Änderung der EU-Wegekostenrichtlinie weiter verbessert werden muss.

Besonders wichtig ist auch die weiterhin starke Forcierung öffentlicher Verkehrsmittel, deren Ausbau und Attraktivität. Einerseits muss das Streckennetz weiter ausgebaut werden, andererseits muss der Umstieg vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel noch attraktiver werden, auch durch die Verbesserung der Ausstattungsqualität. Der öffentliche Nahverkehr muss weiter gestärkt werden. In den Ballungsräumen müssen der innerstädtische Verkehr und der Nahverkehr als eine integriert zu planende und zu finanzierende Gesamtheit gesehen werden. In den ländlichen Gebieten muss der öffentliche Verkehr den Zugang zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Natürlich muss dabei immer beachtet werden, dass es auch für Personen mit niedrigen Einkommen möglich sein muss, das Angebot an öffentlichem Verkehr zu nutzen. Aber auch für Pendlerinnen und Pendler, die nicht die Möglichkeit haben, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, muss sichergestellt werden, dass der Weg zum Arbeitsplatz finanziell bewältigbar bleibt.

Zur umweltfreundlichen Mobilität gehören auch alternative Antriebe für Kraftfahrzeuge. Neue Technologien in der Antriebsforschung und auch in der Entwicklung von Treibstoffen müssen Nachhaltigkeitskriterien erfüllen und

dürfen keine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion darstellen.

Ernährung, Lebensmittel

Die SPÖ tritt für leistbare, qualitativ hochstehende und gesunde Lebensmittel ein. Auch das Bewusstsein der Menschen für eine gesunde, ausgewogene Ernährung soll durch entsprechende Aufklärungs- und Bildungsarbeit gefördert werden. Gerade die Preissteigerungen bei Lebensmitteln zeigen die besondere Notwendigkeit einer aktiven Preispolitik.

Die SPÖ tritt für ein wirksames Lebensmittelgesetz ein und vertritt die Auffassung, dass auch die Unternehmen, und nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei Gesetzesverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können. Behördliche Aktivitäten zum Schutze der Konsumentinnen und Konsumenten bei gravierenden Verwaltungsübertretungen sollen auch unter Nennung des Firmennamens und der Ermittlungsergebnisse genannt werden dürfen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt mittels Gentechnik manipulierte Lebensmittel ab. Obwohl einige Bundesländer eigene gesetzliche Regelungen entwickelt haben, fehlt die bundesgesetzliche Kompetenz. Wir wollen keine Freisetzung genmanipulierter Pflanzen und keinen Einsatz von Gentechnik in der heimischen Landwirtschaft. Daher sollen die bestehenden Importverbote aufrecht bleiben. Und wir treten für lückenlose Haftungsbestimmungen für ökologische, ökonomische und gesundheitliche Schäden durch Gentechnik ein. Die entsprechende Kennzeichnung von Lebensmitteln wollen wir weiter verbessern und für eine konsequente Überprüfung und Kontrolle sorgen.

Wir lehnen in diesem Zusammenhang die Privatisierung oder Aneignung von Leben in Form von Pflanzen oder Tieren, Teilen dersel-

ben oder ihrer Gene mittels des Rechts auf geistiges Eigentum oder Patentierung ab.

Sport und Bewegung

Wir anerkennen Sport und Bewegung als einen wesentlichen Aspekt der Gesellschaft in Österreich. Der Zugang zum Sport muss in allen Altersgruppen weiter demokratisiert werden. Der Partner für diesen Prozess ist und bleibt der autonome und selbstverwaltete Sport.

Mit der Verbreiterung der Finanzbasis des Sports, der Vernetzung bestehender Institutionen im Sport und der Fortführung des Reformprozesses im Bereich der Bundessportförderung muss es gelingen, den Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung zu heben und somit langfristig die Gesundheitsförderung zu stärken und die Basis für den erfolgs- und leistungsorientierten Spitzensport zu verbreitern.

Dafür wird es auch notwendig sein, ein umfassendes Sportstättenkonzept zu entwickeln, indem österreichweit die Sportstätten geplant und einer breiten Nutzung zugeführt werden (Gesundheitssport, Freizeitgestaltung, Breitensport, Spitzensport). Die Verwirklichung einer täglichen Bewegungseinheit im Zuge der Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen bzw. Lehrlingen bleibt ein wesentliches Ziel. Dafür gilt es, jegliche Kooperationsmodelle weiter zu entwickeln.

Die SPÖ bekennt sich zur Bedeutung internationaler Großereignisse im Sport in Österreich und zur Fortführung der seit 2007 konsequent umgesetzten, auf Null-Toleranz basierenden Anti-Doping-Politik.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bedeutung des Sports in den Bereichen Tourismus- und Freizeitindustrie, Gender Mainstreaming, Behindertenpolitik, Gesundheitsökonomie, Integration, sozialer Zusammenhalt und Förderung von Leistung gestärkt wird.

6. Gleiche Rechte und gleiche Chancen sichern

Geschlechtergerechtigkeit

Die ausgewogene Repräsentation beider Geschlechter in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist Grundvoraussetzung für eine gerechte und demokratische Gesellschaft. Nach wie vor sind Frauen in zahlreichen Bereichen unterrepräsentiert. Strukturelle und gesellschaftliche Hürden stehen einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen im Weg.

Grundlage für jegliche Bestrebungen im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter muss sein, Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu ermöglichen. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu etablieren, damit Frauen dieses Ziel erreichen können.

Im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter ist eine zweifache Strategie zu verfolgen. Gender Mainstreaming auf der einen und die spezifische Förderung von Frauen auf der anderen Seite. Gender Mainstreaming bedeutet in diesem Zusammenhang, jede Maßnahme darauf hin zu überprüfen, welche Auswirkungen sie auf die Geschlechter und das Verhältnis der Geschlechter hat. Die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit muss im Sinne einer Querschnittsmaterie verstanden werden.

Es ist notwendig, die Barrieren für die Frauenbeschäftigung zu beseitigen, die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern und geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu beseitigen.

Spezifische Benachteiligungen von Frauen gibt es bereits beim Berufseinstieg, und sie setzen sich über die Berufsunterbrechungen aufgrund von Betreuungspflichten fort bis hin zur gläsernen Decke, an die Frauen beim Aufstieg auf der Karriereleiter stoßen.

In Österreich gibt es rund 275 verschiedene

Lehrberufe. Trotz dieser großen Auswahl wählen fast die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge immer noch nur drei verschiedene Lehrberufe – nämlich Verkäuferin, Frisörin und Bürokauffrau. Lehrberufe mit einem hohen Mädchenanteil weisen eine geringere Bezahlung auf als Lehrberufe, bei denen der Anteil der Burschen sehr hoch ist. Der Unterschied in der Lehrlingsentschädigung setzt sich mit Dauer der Lehre fort und macht sich auch bei den Einstiegsgehältern nach absolvierter Lehre bemerkbar.

Um die Berufswahlmöglichkeiten von Mädchen und Frauen zu erweitern, sind bei der betrieblichen Lehrstellenförderung Anreize zu setzen, um das Einstellungsverhalten von Betrieben zu verändern.

Den Weg für Mädchen in Richtung nichttraditioneller Ausbildung wollen wir im gesamten Bildungsbereich unterstützen – nicht nur in der Lehrausbildung, sondern auch in den berufsbildenden Schulen, den Fachhochschulen und den Universitäten.

Auch im Bereich der Führungspositionen, in Geschäftsführungen und Aufsichtsräten, sind Frauen noch immer stark unterrepräsentiert. Es zeigt sich deutlich, dass wir von einer Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt noch weit entfernt sind und hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist weiterhin hoch. Die mittleren Bruttojahreseinkommen der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männer sind 2006 um 25,3 Prozent höher als jene der Frauen.

Angesichts der günstigen Entwicklung der Beschäftigung bei gleichzeitig weiterbestehenden Ungleichheiten der Chancen von Frauen und Männern ist es umso wichtiger und

leichter, die Strategie in Richtung Gleichstellung zu verstärken. Dazu müssen Maßnahmen getroffen werden, die darauf abzielen, die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, die Einkommensschere zu schließen, die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiärer Versorgungs- und Betreuungsarbeit zu fördern und gleichzeitig die gerechtere Aufteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern zu unterstützen.

Wir fordern und fördern daher die Erhöhung der Beschäftigungsquote und Stärkung der Vollzeitbeschäftigung von Frauen, förderliche Rahmenbedingungen, Qualifizierung und Verminderung der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt, Beseitigung von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt und von Stereotypen in der Arbeitsbewertung; bessere Chancen für Frauen in Führungspositionen, zum Beispiel durch Zielvorgaben für die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten. Durch Frauenförderpläne und die Koppelung von Wirtschaftsförderung und die Vergabe öffentlicher Aufträge mit Gleichstellung sollen mehr Frauen die Chance auf Führungspositionen bekommen.

Sehr wichtig sind uns auch gezielte Qualifizierungs- und Betreuungsangebote für Frauen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen.

Wir bekennen uns zur umfassenden Umsetzung von Gender Mainstreaming als politische Handlungsstrategie. „Gender Budgeting“ sieht die Überprüfung der öffentlichen Haushalte aus der Geschlechterperspektive vor. Die Verankerung dieses so wichtigen Ansatzes in der österreichischen Bundesverfassung ist nur der erste Schritt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es spürbare Veränderungen in den Budgets zu einem geschlechtergerechteren Umgang mit Steuermitteln geben wird.

Für uns zählen alle Lebensmodelle. Partnerschaftlichkeit ist allumfassend zu verstehen. Neben die klassische Ehe treten zunehmend andere Lebensrealitäten. Diese müssen sich in Maßnahmen zur Förderung von Partnerschaftlichkeit ebenso wieder finden wie tradierte Lebensmodelle. Dazu braucht es ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt der Formen familiären Zusammenlebens zur Kenntnis nimmt und etwa die rechtliche Gleichstellung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften vervollständigt oder in Patchwork-Familien auch Stiefeltern Rechte einräumt.

Die Rolle der Männer in der Pflege und Betreuung naher Angehöriger ist dabei ebenso neu zu definieren wie bei der Aufteilung der sonstigen unbezahlten Arbeit. Gerade aufgrund der Betreuungsarbeit werden Frauen mit den vielfältigsten Benachteiligungen nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Aktuell gibt es in Österreich für Väter keinen Anspruch auf eine bezahlte berufliche Auszeit unmittelbar nach der Geburt des Kindes. Dem soll abgeholfen werden.

Erwerbs- und Familienarbeit dürfen keinen Widerspruch mehr darstellen. Dabei stehen für uns die Stärkung der Väterbeteiligung und die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung im Vordergrund. Mit dem flexiblen Kindergeld hat die Regierung einen ersten Schritt hin zu mehr Väterbeteiligung gesetzt. Mit 800 Euro wird es für Väter einfacher (als mit 436 Euro), ein paar Monate beim Kind zu bleiben. Der zweite Schritt in Richtung mehr Väterbeteiligung soll nun mit dem Papamonat auf freiwilliger Basis mit Kündigungsschutz für alle berufstätigen Väter folgen. Auch das Kindergeld selbst wollen wir weiter flexibilisieren und etwa um die Möglichkeit erweitern, beim Zuverdienst auch eine Arbeitszeit- statt der Geldgrenze zu wählen.

Wir wollen den Personenkreis, der Pflegefreistellung in Anspruch nehmen kann, erweitern. So sollen auch die neuen Formen des Zusammenlebens, wie z.B. in Patchwork-Familien, berücksichtigt werden.

Am Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und an der Fristenregelung darf nicht gerüttelt werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass in allen Bundesländern Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können und dass Aufklärungskampagnen entsprechend forciert werden.

Gleichgeschlechtliche Partnerschaft – Rechte

Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen und veränderter Anschauungen muss es sich eine aktive Politik zum Ziel machen, das geltende Recht der gesellschaftlichen Realität anzugleichen. Es muss für die Beseitigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Personen gesorgt werden. Der erste Schritt dazu ist die mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz angestrebte volle gesellschaftliche Anerkennung homosexueller Paare. Die Lebenspartnerschaft soll vor dem Standesamt geschlossen werden können.

Niemand darf wegen einer eingegangenen Lebenspartnerschaft diskriminiert werden. Das Lebenspaar soll im Wesentlichen die gleichen Rechte und Pflichten haben wie verheiratete Personen. Damit sollen Diskriminierungen sowohl der verschiedenen geschlechtlichen Beziehungen als auch gleichgeschlechtlicher Personen vermieden werden.

In allen in Betracht kommenden Bundes- und Landesgesetzen soll die Position eines Lebenspaares der Stellung eines verheirateten Paares angeglichen werden. Dies betrifft die Hinterbliebenenpension beim Tod eines Partners, das Mietrecht und zahlreiche andere Rechtsbereiche.

Zuwanderung und Integration

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Zuwanderungs- und Integrationspolitik, die den Menschen, die in unser Land kommen, klare Rechte und Pflichten einräumt. Eine solche Politik muss das Interesse Österreichs – einschließlich der Situation des heimischen Arbeitsmarkts – im Auge haben und gleichzeitig die Chance zur Integration in die österreichische Gesellschaft bieten. Nur so können der soziale Zusammenhalt und der wirtschaftliche Erfolg Österreichs im Interesse aller, die hier leben, nachhaltig gesichert werden.

Dazu bedarf es eindeutiger Regeln. Wir verlangen von allen Zuwanderinnen und Zuwanderern ein eindeutiges Bekenntnis zu den europäischen Grundwerten und zur österreichischen Rechtsordnung. Jene, die sich illegal in Österreich aufhalten, müssen mit der Abschiebung rechnen.

Wir wollen Kriterien für Neuzuwanderung und Integrationskonzepte definieren und sicherstellen, dass auch sich verändernde Rahmenbedingungen, etwa am Arbeitsmarkt, entsprechend berücksichtigt werden können. Alle legal in Österreich lebenden Ausländerinnen und Ausländer sollen jedenfalls den Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Saisonbeschäftigten sollen die Ausnahme bilden.

Die gelungene Integration von Migrantinnen und Migranten, ihre Teilhabe am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Österreich ist unser Ziel. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist dafür eine unabdingbare Voraussetzung. Leistbare Deutschkurse in ausreichender Zahl sowie verstärkte Sprachförderung vor dem Schuleintritt und in der Schule sind notwendig.

Wir wollen durch entsprechende Maßnahmen den interkulturellen Dialog und den gegenseitigen Respekt ungeachtet der jeweiligen Herkunft fördern. Die Diversität soll auch stärker als Chance wahrgenommen werden: Mehrsprachigkeit etwa ist ein

wichtiger Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Wir bekennen uns zum Asylrecht als Menschenrecht. Die Institution Asyl darf nicht inhaltlich ausgehöhlt werden. Durch die Schaffung des Asylgerichtshofes haben wir wesentlich zur Beschleunigung der Verfahren und der Einhaltung rechtstaatlicher Garantien beigetragen. Unser Ziel ist der Abbau des Rückstaus an offenen Asylverfahren. Auf europäischer Ebene wollen wir uns für eine solidarische Verteilung der Asylwerber einsetzen.

7. Demokratie und Öffentlichkeit stärken

Politische Kultur

Ein demokratisches Land wie Österreich braucht auch eine entwickelte demokratische Kultur. Die grassierende Verdrossenheit oder Gleichgültigkeit gegenüber der Politik, den Parteien und ihren Akteurinnen und Akteuren ist eine Gefahr für jedes demokratische Gemeinwesen.

Es wird auch die SPÖ einen Beitrag dazu leisten müssen, dass Interesse und Engagement für die Politik wieder wachsen und das Ansehen der Politik verbessert wird. Wir wollen einen neuen Stil in der Zusammenarbeit einer nächsten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, aber auch generell im Umgang mit politischen Kontrahenten. Persönliche Untergriffe und Schmutzkampagnen vertreiben die Bürgerinnen und Bürger aus der Politik. Deshalb lehnen wir solche Methoden ab.

In politische Diskussionsprozesse und Entscheidungen sollen alle gesellschaftlich relevanten und betroffenen Gruppen möglichst mit einbezogen werden.

Staats- und Demokratiereform

Die SPÖ wird darüber hinaus die Instrumente unserer Demokratie und unseres Staates weiterentwickeln. Aus Sicht der SPÖ hat sich der Aufbau unseres Staates grundsätzlich bewährt, er bedarf jedoch der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Jede Staatsreform hat die Aufgabe, die Stellung der Menschen zu verbessern, sei es hinsichtlich der Teilhabe am Sozialstaat, sei es hinsichtlich des Rechtsschutzes.

Wir wollen die Gesetzgebungskompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern sinnvoller verteilen, um unseren Staat effizienter zu gestalten. Die Vermögensauseinandersetzung zwischen Bund und Ländern soll vor weiteren Veräußerungen von Vermögen gelöst werden.

Wir wollen die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen, innerstaatlich absichern.

Wir wollen Kinderrechte in der Bundesverfassung verankern und die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern sowie von Studierenden stärken.

Wir wollen die rechtlichen Maßnahmen zum Schutz gegen Diskriminierung ausbauen, einen Grundrechtekatalog mit durchsetzbaren sozialen Grundrechten schaffen, den Menschenrechtsbeirat stärken und den Rechtsschutz allgemein bürgernäher und zügiger gestalten.

Wir wollen die Rolle des Parlaments stärken und uns für mehr Transparenz und stärkere Minderheitsrechte einsetzen. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament weiter vertiefen. Wir werden die Distanz zwischen BürgerInnen und der Verwaltung abbauen, unter anderem durch den verstärkten Einsatz neuer Technologien. Sämtliche Anfragen und Erledigungen sollen durchgängig elektronisch abgewickelt werden können. Besonders der Ausbau von so genannten One-Stop-Verfahren soll gefördert werden.

Wir wollen eine breite Diskussion über die Institutionen der Demokratie einleiten und mehr

Mitsprache für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für den Ausbau der Partizipationsrechte für die europäischen Bürgerinnen und Bürger ein.

Vielfältige und kritische Öffentlichkeit

Wir werden helfen, eine vielfältige und kritische Öffentlichkeit zu entwickeln. Dabei sind die Medien ein zentrales Element. Wir wollen die Freiheit der Journalistinnen und Journalisten schützen, die Meinungsfreiheit zu einer allgemeinen Informationsfreiheit ausbauen und die Presseförderung weiterentwickeln.

Wir wollen gemeinsam mit den Medien Maßnahmen entwickeln, die den Schutz von Persönlichkeitsrechten und Privatsphäre in der Berichterstattung, etwa von Verbrechenopfern oder Beschuldigten, effektiv gewährleisten können.

Der ORF muss dem Zugriff von Regierung und Parteipolitik entzogen bleiben und als öffentlich-rechtliche Einrichtung unterstützt werden, die ihren Aufträgen hinsichtlich objektiver Information sowie Bildung und Kultur nachkommen kann.

8. Eine aktive Rolle in der Welt spielen

Für ein soziales und bürgernahes Europa – Vertrauen zurückgewinnen

Die SPÖ bekennt sich uneingeschränkt zum europäischen Einigungswerk. Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt in der Geschichte unseres Kontinents. Österreich ist und bleibt ein verlässlicher Partner seiner europäischen Nachbarn. Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union hat sich als wertvoller und positiver Faktor in der erfolgreichen Entwicklung unseres Landes bewährt.

Europa muss sich aber weiterentwickeln: Die Europäische Union muss zur Stärkung und Weiterentwicklung der Grundlagen des europäischen Sozialmodells beitragen, indem der Beschäftigung, den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dem nachhaltigen Infrastrukturausbau, der Bildung, Forschung und Entwicklung sowie der Alterssicherung und Bekämpfung der Altersdiskriminierung verstärkte Priorität eingeräumt wird.

Dem Steuer- und Lohndumping muss ein Riegel vorgeschoben werden. Deshalb treten wir für eine Harmonisierung der Unternehmens- und Kapitalsteuern ein. Längerfristig wollen wir eine stärkere Eigenfinanzierung der EU durch eine Finanztransaktionssteuer bei gleichzeitiger Absenkung der nationalen Beiträge. Wir treten für einen europäischen Finanzausgleich ein, der es ermöglicht, regionalen und strukturellen Problemen rechtzeitig zu begegnen.

Doch auch bei ihren traditionellen Zielsetzungen steht die EU heute auf dem Prüfstand: Sie muss ihre Handlungsfähigkeit im Kampf gegen die Teuerung und gegen die Auswirkungen der Finanzmarktkrise beweisen.

Ohne diese politischen Schwerpunktsetzungen kann das europäische Einigungsprojekt keine

echte politische und soziale Union werden und im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger handeln. Liberalisierungen sind weder Ziele an sich, noch können sie wirtschaftliche Allheilmittel darstellen. Sie müssen am Gemeinwohl orientiert sein.

Die Debatten rund um den Vertrag von Lissabon haben gezeigt, dass quer durch die Europäische Union die Skepsis gegenüber der Politik der – mehrheitlich konservativ regierten – EU wächst. Dies betrifft sowohl den Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch das, als zu schnell empfundene, Tempo der Erweiterung. Diese Warnsignale der Bevölkerung ernst zu nehmen, ist ein Auftrag an die Politik, um das Projekt der europäischen Integration als solches nicht zu gefährden.

Der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU in Österreich muss durch konsequente Einbindung der Bevölkerung in die europäische Politik begegnet werden. Kontinuierliche Information, die in der Schule beginnen soll, der intensive offene und engagierte Diskurs mit den Österreicherinnen und Österreichern und die Möglichkeit, stärker gestaltend in die EU-Politik einzugreifen, sollen dazu beitragen, den Sorgen und der Verunsicherung der Menschen zu begegnen.

Deshalb spricht sich die SPÖ dafür aus, künftige Vertragsänderungen, die die grundlegenden Interessen Österreichs berühren, einer Volksabstimmung zu unterziehen. Dies gilt auch für den Fall, dass der vom österreichischen Parlament bereits genehmigte Reformvertrag von Lissabon noch einmal substantiell ratifizierungspflichtig geändert wird.

Wir wollen die Demokratisierung der Europäischen Union weiter vorantreiben. Die Rolle des Europäischen Parlaments muss weiter gestärkt werden.

Die SPÖ vertritt die Auffassung, dass die Aufnahme von Kroatien und die Perspektive eines Beitritts für die anderen Staaten des Westbalkans in die EU einen wichtigen Beitrag zur Prosperität und Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft leisten werden.

Die SPÖ unterstützt und bekräftigt die im Nationalrat einstimmig beschlossene EntschlieÙung, den eventuellen Beitritt der Türkei einer Volksabstimmung zu unterziehen. Aus unserer Sicht würde ein Beitritt der Türkei die derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten der EU sowie ihre Strukturen überfordern.

Die lautesten Befürworter einer raschen und schrankenlosen Erweiterung der EU wollen eine schwache Union, die über eine Freihandelszone nicht besonders weit hinausgeht. Das ist nicht unsere Vorstellung von Europa: Wir wollen ein starkes Europa, das eine Antwort auf die negativen Auswirkungen der Globalisierung darstellt.

Eine aktive Rolle Europas in der Weltpolitik ist heute mehr denn je gefragt. Besonders im Nahostkonflikt, einer der wesentlichen Wurzeln der globalen Terrorbedrohung, hat Europa die Verpflichtung, Wege für eine friedliche Lösung zu entwickeln und das Feld nicht allein den USA zu überlassen.

Für eine aktive Neutralitätspolitik

Die österreichische Sozialdemokratie bekennt sich zur verfassungsrechtlich bestimmten immerwährenden Neutralität und setzt sich auf dieser Grundlage für eine umfassende Friedenspolitik ein.

Die zentralen Elemente der österreichischen Neutralität – keine Mitgliedschaft Österreichs in Militärbündnissen, keine Errichtung fremder

Stützpunkte auf unserem Staatsgebiet, keine Beteiligung an Kriegen – sind weiterhin gültig.

Die seit Jahrzehnten erfolgreiche und bewährte Neutralitätspolitik bietet Österreich – auch als Mitglied der Europäischen Union – die Möglichkeit, einen besonderen Beitrag zur internationalen Friedenspolitik zu leisten. Als Standort der UNO, der OSZE und zahlreicher anderer internationaler Organisationen soll Österreich als Ort des internationalen Dialogs und Ausgleichs gestärkt werden.

Österreich ist sich seiner internationalen Verantwortung bewusst. Der Einsatz von über 70.000 Soldatinnen und Soldaten und einer großen Zahl von Exekutivkräften sowie ziviler Expertinnen und Experten bei internationalen Friedenseinsätzen unterstreicht dieses Bekenntnis. Österreichs Heer genieÙt zu Recht in Österreich und weltweit hohes Vertrauen und Ansehen. An militärischen Einsätzen darf nicht ohne UNO-Mandat teilgenommen werden.

Dem Ausbau der zivilen Auslandseinsatzkapazitäten und dem ressortübergreifenden Zusammenwirken aller Ministerien unter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen wird die SPÖ besonderes Augenmerk schenken.

Österreichs Außenpolitik beruht auf einem klaren Bekenntnis zur Neutralität und zur Solidarität. In einer immer enger zusammenwachsenden Welt treten wir für die Stärkung internationaler Organisationen ein, die zur Lösung der großen globalen Zukunftsfragen einen echten Beitrag leisten können.

Internationale Beziehungen müssen auf der Basis des Rechts stattfinden und dürfen nicht in bereits überkommen geglaubte Zeiten der blanken Machtpolitik zurückfallen. Dies gilt für staatliche ebenso wie für wirtschaftliche Macht. Wir setzen uns daher auch für internationale Institutionen

ein, die darüber wachen, dass die Weltwirtschaft nicht wie durch die jüngste Finanzkrise in schwere Turbulenzen gestürzt wird. Wir wollen daher auch den Reformprozess der globalen Institutionen aktiv mitgestalten und unterstützen die Bewerbung Österreichs als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates für die Jahre 2009/2010.

Wir treten für eine demokratische Außenpolitik ein, bei der die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Demokratie, Menschenrechte, Recht und Gerechtigkeit sind die Fundamente dieser Politik. Auf dieser Grundlage wollen wir die Interessen Österreichs und seiner Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union gemeinsam mit unseren europäischen Partnern in der Welt vertreten.

Für ein reformiertes Bundesheer

Die Sozialdemokratie bekennt sich zum österreichischen Bundesheer – einem Bundesheer, das auf Wehrpflicht, Miliz- und Berufskomponenten aufbaut.

Österreich ist auf absehbare Zeit keiner militärischen Bedrohung ausgesetzt. Die Reduktion der gesetzlich verkürzten Wehrpflicht auf sechs Monate sowie die Halbierung der Mobilmachungsstärke waren deshalb richtige Schritte und werden beibehalten.

Um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen zu entsprechen, treten wir für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Bundesheerreform ein. Es sollen die Kapazitäten zum Schutz der österreichischen Bevölkerung in einem gesamtstaatlichen Ansatz weiterentwickelt werden, wobei die regionale Verankerung des Heeres von besonderer Bedeutung bleibt. Gleichzeitig kommt der Internationalisierung des Bundesheeres für Friedens- und Schutzmissionen unter UNO-Mandat sowie der internationalen solidarischen Katastro-

phenhilfe besondere Bedeutung zu. Ein modernes Bundesheer soll auch auf allen Ebenen einen höheren Frauenanteil haben.

Die Förderung des Spitzensports in den Heeresportzentren ist für uns ein wichtiger Beitrag für künftige Erfolge von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern mit entsprechender Vorbildwirkung.

Entwicklungszusammenarbeit

Eine faire und gerechte Weltordnung braucht faire Vereinbarungen zwischen Nord und Süd über den Zugang zu Märkten mit sozialen und ökologischen Standards. Wir bekennen uns zu einer partnerschaftlichen Entwicklungspolitik, die in allen relevanten Politikbereichen kohärent, intelligent gebündelt und aktiv betrieben wird. Wir bekennen uns zur internationalen Verpflichtung, bis 2015 für Entwicklungspolitik 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zusätzlich zu Entschuldungsmaßnahmen aufzubringen.

Entwicklungspolitik basiert aber nicht nur auf der Finanzierung von Projekten und Budgets, Kohärenz in allen Politikbereichen ist notwendig – von der Landwirtschafts- über die Bildungspolitik bis zur den internationalen Welt handelsregeln. Darüber hinaus sollen in den Partnerländern Reformprozesse angestoßen werden, die zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit beitragen.

Mit der Stärkung der landwirtschaftlichen Eigenversorgung zur Beseitigung von Hunger, der Bekämpfung von HIV/Aids, dem Technologietransfer etwa zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Rohstoffen, einer Offensive im Bildungs- und Gesundheitssektor, der Forcierung der nachhaltigen Ressourcennutzung, der Implementierung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, der Friedenssicherung und Entschuldungsinitiativen, der Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, dem Abbau handelsverzerrender

Agrarsubventionen, der speziellen Förderung von Frauen, der Unterstützung von Armutsreduktions- und Beschäftigungsmaßnahmen soll die Globalisierung gerechter gestaltet werden.

Wir treten für die Entwicklung und Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente ein, wie einer Devisentransaktionssteuer oder Entgelte für die Nutzung globaler öffentlicher Güter, um die Armutsspirale in vielen Teilen der Welt zu durchbrechen.

